

(A) (Präsidentin Friebe)

Anlage 10 "Kindertagesstätten"
Anlage 12 "Flüchtlingsvorsorgeprogramm 91".

Diese Anlagen werden en bloc abgestimmt. Wer für diese Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Enthält sich jemand der Stimme? Ich darf feststellen, daß die Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN damit abgelehnt sind.

Ich komme jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU, und zwar in Drucksache 11/1420.

Zunächst lasse ich abstimmen über die Anlage 1 "Alten- und Krankenpflege"; "Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe; Erstattung von Sozialhilfeeinstellungen". Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke schön! Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

(B) Ich rufe auf die Anlage 2 "Kindertageseinrichtungen - weitere Kindergartenplätze". Wer dieser Anlage 2 des Änderungsantrages der CDU Drucksache 11/1420 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Stimmenthaltungen? Ich darf feststellen, dieser Antrag ist abgelehnt.

Damit haben wir die Änderungsanträge behandelt.

Ich rufe jetzt auf die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/1107**. Wer dieser **Beschlußempfehlung** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? - Danke! Gibt es Stimmenthaltungen? - Ich darf feststellen, der **Beschlußempfehlung** ist zugestimmt worden; damit wurde sie **angenommen**.

Ich rufe jetzt die **zurückgestellte Abstimmung** über den **Einzelplan 02** auf. Dazu liegt Ihnen ebenfalls die **Beschlußempfehlung** mit der **Drucksache 11/1102** vor. Änderungsanträge gab es keine.

Wer der **Beschlußempfehlung** des Haushaltsausschusses zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Wer ist dagegen? -

(C)

Danke! Gibt es Enthaltungen? - Damit darf ich feststellen, die **Beschlußempfehlung** ist **angenommen**, und **Einzelplan 02** ist damit erledigt.

Ich rufe jetzt die Nummer 3 auf!

Einzelplan 05: Kultusministerium

Auch hier liegt Ihnen die **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses mit **Drucksache 11/1105** vor, darüber hinaus die **Änderungsanträge** der Fraktion der CDU und der Fraktion DIE GRÜNEN.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Philipp für die Fraktion der CDU.

Abgeordnete Philipp (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der SPD! Was würden Sie eigentlich sagen, wenn ich mich jetzt hier hinstellen und erklären würde, daß ich es für verfassungsrechtlich bedenklich hielte, wenn wir in wesentlichen Fragen den Elternwillen entscheiden ließen? Ich will Sie nicht in Verlegenheit bringen, aber ich weiß, was Sie sagen würden. Sie würden wahrscheinlich sagen, die Philipp spinnt. Und Sie hätten auch recht. (D)

(Beifall bei der SPD)

- Ich bedanke mich für den Beifall, Herr Frey. Was sagen Sie denn nun, wenn ich es noch einmal wiederhole: Es ist verfassungsrechtlich bedenklich, den Elternwillen entscheiden zu lassen, wenn ich Ihnen sage, daß diese Äußerung von Herrn Knut Nevermann stammt, der Ihnen als der bildungspolitische Mitstreiter bekannt ist und schließlich jahrelang bis vor kurzem Leiter unseres Curriculum-Instituts in Soest gewesen ist? Ja, jetzt höre ich gar keinen Beifall von Ihnen, Herr Frey.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Wie heißt das? Können Sie das noch einmal wiederholen?)

Bezeichnenderweise diffamiert er den Elternwillen, allerdings im Zusammenhang mit der Entscheidung über den Ausbau des Gesamtschulsystems.

(A) (Abgeordnete Philipp [CDU])

Ich empfinde es als empörend, wenn man diese Aussage in einem Artikel des Herrn Nevermann findet, der die unglaubliche Überschrift trägt "Elternwille - Anatomie eines mythischen Begriffs".

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer im Zusammenhang mit Elternwille von Mythos spricht, der handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Es mag Sie vielleicht interessieren - Herr Frey hat eben danach gefragt -, daß dieses Zitat in einer Zeitschrift steht, deren Herausgeber der Herr Peter Glotz ist. Dieser Herr Peter Glotz gibt in derselben Zeitschrift an anderer Stelle auch die wahren Gründe für die gesamten bildungspolitischen Aktivitäten der SPD preis.

Ich bitte Sie wirklich um Ihre Aufmerksamkeit, weil ich es mehrfach habe lesen müssen und es nicht glauben konnte. Herr Peter Glotz ist nämlich folgender Überzeugung - ich zitiere -:

Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ist schwer möglich oder nicht nötig. Laßt uns das Bildungssystem umgestalten. Damit ist dann die Gesellschaft auch in eine sozialistische zu verwandeln.

(B)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich ist dem nichts mehr hinzuzufügen. Aber warum zitiere ich diese beiden Herren? - Ich will es Ihnen sagen. Diese Landesregierung hat in der Vergangenheit so viele bildungspolitische Nebelbomben geworfen, daß Teile unserer Bevölkerung die wahren Gründe mancher Maßnahmen gar nicht mehr erkennen können und zum Teil auch - das gebe ich zu - unseren heftigen Widerstand gegen die flächendeckende Einführung der Gesamtschulen nicht verstehen. Offener allerdings als hier kann man das, was hinter allen ideologischen Bildungsreformen steckt, eigentlich nicht ausdrücken.

Und auch die Kollegin Speth, die nicht gerade zu den bildungspolitischen Hinterbänkeln gehört, hat diese Linie aufgegriffen und auf einem Fachkongreß verschiedene Gründe genannt, die ihrer Meinung nach gegen eine Bildungsreform zur Zeit stünden. So zum Beispiel - ich zitiere - "die neokonservative Roll-

back-Politik mit der Folge der Rückbesinnung auf alte Werte, Tugenden und Strukturen". Ich frage mich: Wen meinen Sie eigentlich damit?

Präsidentin Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordnete Philipp (CDU): Nein, ich möchte den Gedanken zu Ende sprechen; dann ganz gerne. - Etwa uns? Ich frage: Welche Auffassung von Elternwille der SPD wird hier eigentlich deutlich? - Gilt dieser Elternwille eigentlich nur, wenn er mit dem Willen der SPD identisch ist? - Kann man es eigentlich unwidersprochen hinnehmen, daß die Rückbesinnung auf Werte, auf Tugenden und Strukturen, über deren Inhalt man sicherlich streiten kann, als Rollback-Politik bezeichnet wird? - Hat Herr Glotz eigentlich recht, wenn er sagt, eine Diskussion über Werte wie Fleiß, Disziplin und Ordnung hat nun aufzuhören? - Oder richtet sich die SPD vielleicht lieber nach Herrn Lafontaine, der meinte - ich zitiere -:

Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit, das sind Sekundärtugenden.

(D)

Er fährt dann fort:

Damit kann man auch ein KZ betreiben.

Wie werden eigentlich SPD-Politiker ihrer Verantwortung gerecht, wenn sie in einem Bereich, der Kinder betrifft, die uns anvertraut sind, Eltern das Recht und die Pflicht absprechen, für ihre Kinder das Beste zu wollen, und statt dessen Erziehungsziele, die Eltern für richtig halten - davon bin ich überzeugt - derart mißbilligend ignorieren?

Ich halte es nach wie vor für unerträglich, daß Ideologie, die sich in den von mir zitierten Äußerungen widerspiegelt, das Motiv für Bildungsreformen der SPD in Nordrhein-Westfalen war und ist. Sie gehen - und davon bin ich wirklich überzeugt - mit der Zukunft unserer Kinder, der Zukunft unserer Gesellschaft, mit gewachsenen Strukturen verantwortungslos um.

(Zustimmung bei der CDU)

(A) (Abgeordnete Philipp [CDU])

Vor diesem Hintergrund muß sich die SPD-Landtagsfraktion und die SPD insgesamt fragen lassen, von welchem Menschenbild sie eigentlich ausgeht. Wenn sie Fleiß, Disziplin und Ordnung für so schädlich hält, dann ist es natürlich auch konsequent, Schule inhaltlich verändern zu wollen. Dann ist es aber auch in höchstem Maße unehrlich, wenn man dann die Folgen einer solchen Erziehung beklagt, etwa bei Demonstrationen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Selbstverständlichkeit scheint bei manchen schulpolitischen Auseinandersetzungen aus dem Blick zu geraten: Die Schule ist für die Schüler da. So sprach's unser Ministerpräsident Rau noch im August 1990. Wir fragen: An welchen Beschlüssen kann man das eigentlich erkennen? Etwa an denen zur Sekundarstufe I und II?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Sie haben den Begriff noch nie verstanden!)

Wie erträgt man es eigentlich, wenn eine Kollegin der eigenen Fraktion diese Doppelmoral der nordrhein-westfälischen Schulpolitik entlarvt, indem sie darauf aufmerksam macht, daß in der Regierungserklärung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Anhänger und Gegner das Wort Gesamtschule vergeblich suchen. Und dennoch pfeifen es die schulpolitischen Spatzen ja von den Dächern: Für Sie ist die Gesamtschule nach wie vor die einzige wahre Schulform in Nordrhein-Westfalen, und Sie wollen sie flächendeckend einführen. Warum bekennt sich die SPD eigentlich nicht zu ihren wahren Zielen?

(B)

Präsidentin Friebe: Darf ich Sie noch einmal fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Appel zulassen?

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Bitte!)

- Herr Abgeordneter Appel!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Frau Kollegin, ich glaube, ich gehöre zu den wenigen, die Ihnen hier zugehört haben.

(Unruhe)

(C)

Präsidentin Friebe: Fragen Sie bitte!

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Sie haben mich zu dieser Zwischenfrage gereizt, weil ich mich an meine Zeit als Schülersprecher erinnert habe. Ich wollte Sie fragen, ob Sie das, was Sie hier über den Elternwillen vorgetragen haben, auch einmal an einer Mittel- und Oberstufe eines Gymnasiums oder einer Gesamtschule vorgetragen haben und was Ihnen eigentlich der Kinder- oder Jugendlichenwille wert ist?

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Appel, ich bin gerne bereit, mit Ihnen in eine Diskussion in die von Ihnen bezeichneten Gremien zu gehen. Dann werden Sie deutlich erkennen, daß Sie uns in bezug auf Elternwillen nichts vormachen können. Das ist ganz sicher.

(Beifall bei der CDU)

Wir fragen weiter: Warum bedient die SPD sich eigentlich einer schulpolitischen Salamitaktik, langsam, aber kontinuierlich und konsequent vollendete Tatsachen zu schaffen? Ich rufe gerne folgendes ins Gedächtnis:

(D)

Erster Schritt: Veränderung der Lehrerausbildung. Herr Frey, für die Schulen, die Sie angeblich erhalten wollen, bilden wir schon lange keine Lehrer mehr aus. Vielmehr bilden wir nur noch Stufenlehrer aus.

Zweiter Schritt: Die Gesamtschule wurde als Regelschule eingeführt und privilegiert. Ich denke nur einmal an die Ganztagsform, in der sie geführt wird. Mittlerweile wollen Sie, entgegen den ausdrücklichen Erklärungen in der Regierungserklärung, daß die Ganztagsangebote Schwerpunkt Ihrer Arbeit seien, überhaupt keinen Antrag auf Ganztagsform genehmigen. Heute habe ich allerdings gelesen, daß Ganztagsform nur dann, wenn Eltern und Kommunen dafür bezahlen. Das ist allerdings etwas Neues; darüber werden wir an entsprechender Stelle noch reden.

Ich nenne als nächste Schritte die Nivellierung der Profile der einzelnen Schulformen durch Angleichung der Richtlinien und Lehrpläne, das Rahmenkonzept "Öffnung von Schule", das Schule massiv inhaltlich verändert.

(A) (Abgeordnete Philipp [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie erklärt die SPD - das würde ich von Ihnen wirklich gerne einmal erfahren - den Eltern, daß an den heutigen Gesamtschulen rund 80 % potentielle Hauptschüler zu finden sind?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Woher wissen Sie das?)

- Das weiß ich, Herr Frey, zum Beispiel aus Protokollen von Dezentralbesprechungen SPD-geführter Städte, die darüber weiß Gott Klage geführt haben. Das haben wir in der Straßenbahn gefunden; dem konnte man das ganz leicht entnehmen.

Ich frage Sie: Wie schaffen Sie es eigentlich trotzdem, an diesen Schulen alle Abschlüsse - inklusive des Abiturs - zu vergeben?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ja, Sie finden Ihre Reden in der Straßenbahn!)

Ich sage es Ihnen: indem man z.B. in den Konferenzen die Arbeiten so hochnotet, daß sie noch genehmigt werden müssen. Fragen Sie einmal in den Kollegen nach; ich kann Ihnen einige nennen.

(B) Die Tatsache, daß sich die Schülerschaft in der zweiten Generation der Gesamtschule drastisch verändert hat, führt natürlich auch dazu, daß in der Oberstufe massive Probleme entstehen. In dem Duisburger Planungspapier vom August 1990, nach dem alle Hauptschulen zu Gesamtschulen werden sollen, findet sich daher auch folgender Hinweis: Die Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe steht also unter dem Zwang, eine hinreichend große Zahl von auf das Abitur hin lernenden Schülern zu rekrutieren. Wissen Sie, wie die Landesregierung das Problem löst? Ich sage es Ihnen: Sie senkt das Niveau und damit die Qualität der Ausbildung. Die Leidtragenden sind wieder einmal die Kinder und die Eltern, die eigentlich die beste Ausbildung für ihre Kinder wollen.

Vergangene Woche haben wir hier die Kollegschule als Oberstufe der Gesamtschule kritisch beleuchtet. Ich wiederhole nur die Frage, woher die SPD die Weisheit bzw. die Keckheit nimmt, eine Schule wie die Kollegschule, die sich noch im Versuchsstadium befindet und deren Vorteile und Nachteile weder

wissenschaftlich untersucht noch seriös begleitet wurden, zur Oberstufe einer Gesamtschule zu machen und damit auch die berufliche Bildung, um die wir überall beneidet werden, zu gefährden?

Nein, meine Damen und Herren von der SPD, wir von der CDU haben eine andere Auffassung von Elternwillen und eine andere Auffassung von Bildung. Für uns entscheiden Eltern sehr wohl, auf welche Schule sie ihre Kinder schicken. Das setzt natürlich voraus, daß es auch in Zukunft noch unterschiedliche Schulen in diesem Land gibt und für die Eltern damit echte Wahlmöglichkeiten bestehen.

Für uns ist Erziehung ohne Vermittlung von Werten und Normen nicht denkbar. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft sollte es möglich sein, eine Übereinstimmung über fundamentale Werte zu erzielen. Diesen Grundkonsens hat es im Grundgesetz und in den Länderverfassungen auch gegeben. Sind Sie von der SPD sich eigentlich wirklich darüber im klaren, daß Sie Gefahr laufen, aus ideologischen Gründen diesen ursprünglichen Grundkonsens aufzugeben?

(Minister Schwier: Aber dieser Grundkonsens muß doch zwischen allen Schulen gleich sein, oder?)

(D) - Das ist richtig. Aber für uns, Herr Minister, sind die Lehrplangestaltung, die Zulassung von Schulbüchern, der Unterricht und der Schulalltag an Bildungs- und Erziehungszielen auszurichten, die sich an den bisher gemeinsam für richtig erachteten Werten und Normen orientieren. Dazu gehören natürlich auch die Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Wahrhaftigkeit, Gemeinsinn, Solidarität, Verantwortungsbewußtsein und Toleranz, aber eben auch Rechtsstaatsbewußtsein.

Die Schule kann ihrem Bildungsanspruch nur dann gerecht werden, wenn sie Werte vermittelt, die durch die Erfahrung vieler Menschen auch erprobt und bestätigt sind. So sollen Bildung und Erziehung Geschichtsbewußtsein vermitteln. Alle Bestrebungen, historische Kenntnisse abzubauen und die Orientierung an der Geschichte aufzugeben, führen zur geistigen Entmündigung und zur Manipulierbarkeit. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: Wer die Geschichte nicht kennt, ist dazu verurteilt, sie zu wiederholen.

(A) (Abgeordnete Philipp [CDU])

Ich fordere daher den Kultusminister dieses Landes auf, die Handreichungen für den Unterricht in Geschichte und Politik an der Hauptschule des Herrn Klaus Gebauer unter der Überschrift "Vom Faustkeil zur deutschen Einigung" unverzüglich zurückzuziehen! Dieses Werk stammt aus dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung und enthält unglaubliche Passagen. Ich versichere Ihnen schon jetzt, daß wir dieses Thema noch einmal ausführlichst behandeln werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ungeachtet aller inhaltlichen Änderungsvorstellungen der SPD-Fraktion: Die Schule kann ihrem Bildungsauftrag aber auch nur dann gerecht werden, wenn sie die entsprechenden Lehrer hat. Aus diesem Grunde begrüßen wir zwar, daß die SPD-Landtagsfraktion von einer Beratung zur anderen immer klüger geworden ist, aber sie handelt auch jetzt eigentlich nur halbherzig. Wir fordern ja gar nicht die 14 000 Lehrer, von denen der Kultusminister selbst sagt, daß sie das Land Nordrhein-Westfalen von der Schlußlichtposition wenigstens auf den Durchschnitt aller Bundesländer bringen würden, und wir denken natürlich auch überhaupt nicht daran, das Wahlversprechen der SPD einzulösen: Wir machen Nordrhein-Westfalen wieder zur Nummer 1! Das würde nämlich noch mehr Lehrer bzw. noch mehr Stellen bedeuten. Aber wir wissen, daß die bisher vorgesehenen Neueinstellungen nicht einmal den Bestand sichern, den der Kultusminister selbst mit der Notwendigkeit von 3 780 Einstellungen beziffert hat. Weil mit diesen Einstellungen nicht die Spur einer Verbesserung der zur Zeit im Land herrschenden katastrophalen Unterrichtsversorgung herbeizuführen ist, beantragt die CDU-Fraktion darüber hinaus die Einstellung von 2 000 Lehrern.

(B)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die SPD-Landtagskollegen vor Ort immer wieder bedauern, daß sie sich mit ihren Vorstellungen für die Verbesserung der Lehrerversorgung an dieser oder jener Schule in ihrer eigenen Fraktion nicht haben durchsetzen können, schaffen wir ihnen heute die Gelegenheit, eine Mehrheit für die Durchsetzung ihrer persönlichen Vorstellungen zu schaffen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Wir beantragen aus diesem Grunde namentliche Abstimmung über den Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Dammeyer für die Fraktion der SPD das Wort.

Abgeordneter Dr. Dammeyer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war ja schon ganz gut, daß wir ein klein wenig an dem teilhaben konnten, was Frau Philipp sich an Lese Früchten früherer Texte hat zusammenschreiben lassen. Ich glaube nur, daß das nicht sonderlich viel taugt.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Die CDU-Abgeordneten machen ihre Reden selbst!)

Es ist ja schon sehr gut, daß Sie Texte, die vor zehn Jahren geschrieben worden sind, heute mittlerweile gelesen haben. Dafür tadele ich Sie gar nicht. Aber es ist nun einmal so, daß es zehn Jahre dauert, bis es bei Ihnen ankommt.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Sie regieren ja auch schon mehr als zehn Jahre!) (D)

Meine Damen und Herren, Herr Nevermann und Herr Glotz lassen sich nicht in der Weise zitieren, wie Sie das hier getan haben, sondern auch in diesem Fall muß man schon den tatsächlichen Zusammenhang des richtigen Beitrags sehen. Die Zitierweise der Emser Depesche hat auch vor hundert Jahren nichts getaugt, und die Art, wie Sie die Auszüge wählen, entspricht exakt der gleichen Absicht, nämlich der imperialen Absicht, hier richtig schön Krieg reinzutreiben.

Meine Damen und Herren, über Elternwillen muß man viel seriöser reden, als Sie das hier getan haben. Man muß sich angucken, wie viele Eltern in diesem Lande ihre Kinder an einer bestimmten Schulform anmelden wollen und inwieweit diesem Anspruch Rechnung getragen wird.

Wer in diesem Land sein Kind an einem Gymnasium, einer Realschule oder einer Hauptschule anmelden

(A) (Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD])

will, kann das tun. Bei über 4000 Anmeldungen wird aber ein solcher Elternwille - nämlich der Wunsch, eine Gesamtschule für sein Kind zu wählen - nicht berücksichtigt. Das ist der einzige Punkt, an dem in diesem Lande Elternwille nicht berücksichtigt wird. Für alle anderen Schulformen gewährleisten wir ihn, und wir wollen ihn - das hat Ihnen auch der Ministerpräsident erklärt - für alle Schulformen gewährleisten. Das, meine Damen und Herren, ist etwas, woran wir festhalten. Wir bleiben dabei: Wer immer sein Kind für eine bestimmte Schulform anmelden will, soll dies in unserem Lande tun können - dann bitte aber auch für die Gesamtschule!

So, meine Damen und Herren, kommen wir auch zu den anderen Punkten, derentwegen Sie Krokodilstränen vergießen wollten: Zusammensetzung der Gesamtschule und damit verbundene Probleme für die gymnasiale Oberstufe. Es gibt gegenwärtig über 100 Gymnasien, die auf zweizügigen Gymnasien aufbauen und eine Oberstufe haben. Befürchtet wird, daß gegenwärtig bestehende Gesamtschulen, die vierzünftig aufwachsen, die gleiche Sorte von Problemen in der Oberstufe haben könnten. Entweder haben gegenwärtig bereits über 100 gymnasiale Oberstufen an Gymnasien dieses Problem, dann muß man sich mit deren Problemen heute beschäftigen; oder aber sie haben dieses Problem gegenwärtig nicht, dann brauche ich diese Probleme, die Gesamtschulen künftig angeblich haben könnten, auch jetzt nicht zu erörtern; denn es sind die gleichen, die die Gymnasien gegenwärtig nicht haben. Wer also so argumentiert, meine Damen und Herren, daß bei den Gesamtschulen die Probleme wüchsen, aber über die Gymnasien wegguckt, der macht das meines Erachtens bildungspolitisch abstrus falsch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir behandeln hier den Haushalt, und ich hätte erwartet, daß Frau Philipp in der Tradition der Anträge, mit denen die CDU im Schulausschuß aufgewartet hat, auch hier ein klein wenig dazu sagen würde. Wir haben da ja tatsächlich eine etwas problematische Angelegenheit, mit der wir uns im Laufe dieses und des nächsten Jahres noch beschäftigen müssen: daß wir nämlich eine Organisationsuntersuchung in Arbeit haben, die die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, daß die Landesregierung schon erste Schlüsse gezogen hat und daß

(C)

darüber hinaus im Laufe dieses Jahres noch weitere Schlüsse zu ziehen sind, die ganz selbstverständlich auch etwas mit dem Lehrerberuf zu tun haben.

Wir brauchen mehr Lehrer, als wir gegenwärtig in den Schulen beschäftigt haben. Ein Teil derjenigen, die die Organisationsuntersuchung in Gang gesetzt haben, hat das möglicherweise mit der illusionären Hoffnung getan, daß dabei herauskommen könnte, daß man gar nicht so viele Lehrer brauchen würde. Die diese Hoffnung gehabt haben, haben schon jetzt erkennen müssen, daß das eine Illusion ist.

Aber wie man mit den realen Zahlen umgeht, wird man vernünftigerweise nicht entscheiden können, solange man diese Materialien nicht wirklich auf dem Tisch hat. Deshalb sagen wir mit der Landesregierung, daß wir die Teile, die mit dem Lehrerberuf zusammenhängen, im Laufe des September erörtern müssen und dann auch Entscheidungen zu treffen haben, die damit insgesamt im Zusammenhang stehen; denn das läßt sich nicht vorweg packen. Die Landesregierung wird ganz sicher bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplanes daraus auch schon ihre Konsequenzen ziehen.

Ich will aber, meine Damen und Herren, noch auf ein paar Punkte eingehen, die die CDU in die Haushaltsplanberatungen eingeführt hat. Da gibt es mehrere spannende Sachen.

(D)

Die CDU hat beantragt, 200 Stellen, die bei der Schulaufsicht bei den Regierungspräsidenten, ressortierend beim Innenminister, angesiedelt sind, in den Etat des Kultusministers zu überführen und dort bei der Haushaltsstelle "Schulen gemeinsam" unterzubringen. Das, meine Damen und Herren, heißt, die schulformbezogene Schulaufsicht zu einer Einheitsschulaufsicht zu machen. Ich finde das als eine Forderung, die haushaltsmäßig untermauert ist, von der CDU durchaus pffiffig. Nicht bei den Schulkapiteln sollen die aufgeteilt werden, sondern bei "Schulen gemeinsam". Das ist der Antrag der CDU.

Wir sind der Meinung, daß man mit der Schulaufsicht etwas tun muß. Ich sagte bereits, daß das im Zusammenhang mit den Organisationsüberlegungen fällig wird. Aber daß solche voreiligen Entscheidungen jetzt schon getroffen werden könnten, da können wir nicht zustimmen, meine Damen und Herren.

(A) (Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD])

Dann sagen Sie auch wieder mit Ihrem neuen Änderungsantrag, den Sie vorlegen, eigentlich seien 3 800 Einstellungen nötig. Das war Ihr Antrag im Ausschuß für Schule und Weiterbildung, und den wiederholen Sie hier heute. Nun sagt Frau Philipp eben selbst, die Addition der in diesem Jahr einzustellenden Lehrer sei nach dem Haushaltsplan der Landesregierung und den Nachträgen und den Veränderungen, die wir dazu beschlossen haben, 3 780. 3 630 Einstellungen finden statt; 3 800 verlangt die CDU. Das ist ein toller Unterschied, und weil Sie genau auf diesem tollen Unterschied erwischt würden, kommen Sie jetzt eben schnell mit der zusätzlichen Forderung, noch einmal weitere 2 000 Stellen rüberzuschieben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: So sind wir nicht!)

Das nun, Herr Schauerte, ist das Allerpfiffigste, bei dem ich mich gerade mit Ihnen beschäftigen möchte. Heute morgen haben Sie noch Herrn Schleußer vorgeworfen, der Finanzminister habe überhaupt nicht mehr den Haushalt im Griff. Hier aber "ballern" Sie noch einmal 2 000 Stellen drauf. Das sind 70 Millionen DM in diesem Jahr und 140 Millionen DM für alle nachfolgenden Jahre; denn Sie rechnen ja zur Sicherheit für dieses Jahr nur das halbe Jahr an Gehaltskosten, wenn das umgesetzt würde. Sie vergessen, Herr Schauerte, daß Ihre CDU-Kollegen im zuständigen Ausschuß zusätzlichen Anträgen mit nicht weniger als 376,5 Millionen DM zugestimmt haben.

(B)

(Widerspruch bei der CDU)

376,5 Millionen DM! - Wenn Sie alles zusammenfassen, alles addieren, was von den GRÜNEN vorgelegt worden ist, die einen Antrag eingebracht haben, um 11 000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, dem Sie zugestimmt haben - Sie in Ihrer Verantwortung -, dann summiert sich das auf 376,5 Millionen DM mehr, ohne daß Sie auch nur eine einzige müde Mark an Deckung präsentiert haben. So ist das mit der verantwortungsvollen Personal- und Haushaltspolitik, die wir von Ihnen hier vorgeführt bekommen.

Dabei habe ich eine Sache noch gar nicht gerechnet, nämlich 9 869 Stellen, die gegenwärtig kw-gestellt sind, auf denen also über die Schüler-Lehrstellen-Relation hinaus Lehrer vom Land beschäftigt werden und bei denen Sie kurzerhand die Abschaffung der

(C)

kw-Vermerke verlangt haben. Es ist ja wahr, daß für diese Menschen insgesamt weiter Gehälter gezahlt werden; aber haushaltsmäßig schlägt so etwas natürlich demnächst zu Buche. Das kommt noch oben drauf.

Herr Schauerte, so ist das eben! Sie haben nicht einmal Ihre Fraktion im Griff. Sie können nicht einmal übersehen, welche ausgabewütigen Kollegen für Sie im Schulausschuß sitzen, und tönen hier herum, daß das Land viel verantwortungsvoller mit seinen Ausgaben umgehen müßte.

So sind sie, so sind die Kollegen von der CDU!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen; auch das zeigt, wie wenig real die CDU mit den Problemen umgeht, die bedeutungsvoll für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems sind.

Sie haben zunächst im Schulausschuß den Antrag abgelehnt, daß weitere 65 Stellen für die Einrichtung von Schulen im Ganztagsbetrieb zustande kommen sollten, die wir auf die unterschiedlichen Schulformen aufgeteilt haben. Dann haben Sie selber einen Antrag eingebracht, demzufolge Schulen im Ganztagsbetrieb bewilligt werden könnten, soweit Anträge vorliegen und soweit sie aus kw-Stellen bedient werden können. Dazu soll jeder wissen: Das bedeutet ausschließlich die Errichtung von Ganztagschulen bei Hauptschulen, bei Realschulen und bei Gymnasien und den Ausschluß der Errichtung von Ganztagschulen bei Grundschulen und bei Sonderschulen. Da gibt es nämlich keine kw-Stellen.

(D)

Wenn Sie sich ein bißchen mit der Sache beschäftigt hätten, hätten Sie das gewußt. Aber das juckt Sie alle ja gar nicht. Sie tun so, als ob Sie, wenn Sie sagen, daß man überall alle Anträge bewilligen kann, schon allen Leuten ausreichend Sand in die Augen streuen könnte. Das genau aber, meine Damen und Herren, können wir nicht durchgehen lassen.

Wir müssen Ihnen also sagen, was sowohl die Details als auch die große Linie angeht: Bildungsreform und die Sicherung der Leistungsstandards unseres Bildungssystems sind bei uns gut aufgehoben. Wir

(A) (Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD])

bemühen uns nach wie vor darum, diese Leistungsstandards weiter zu verbessern. Das ist auch eine Diskussion, die, wie die ganze Öffentlichkeit genau weiß, in der SPD-Landtagsfraktion, in der SPD und in der Öffentlichkeit mit uns allen geführt wird. Wir werden das fortsetzen und dabei auch die Maßstäbe, wie wir das bislang gewohnt sind, für uns sehr hoch setzen. Wir werden auch klarlegen, daß dies alles eine Perspektive hat, und die bildungspolitische, brauchbare reformerische Position für unser Land deutlich machen.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir bei den Haushalten so bleiben, wie wir es im Ausschuß für Schule und Weiterbildung bzw. im Haushalts- und Finanzausschuß beschlossen haben, und Ihren weiteren, nur auf Publizität abzielenden, aber unseriösen Vorstellungen nicht folgen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Reichel für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

(B)

Abgeordneter Reichel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dammeyer hat am Schluß seiner Ausführungen die Feststellung getroffen, Bildungsfragen wären bei den Sozialdemokraten gut aufgehoben. Ich habe den Eindruck, die tägliche Flut von Beschwerdebriefen aus allen Schulen in Nordrhein-Westfalen ist ein wirklich überzeugender Beleg dafür, wie abstrus diese Feststellung ist, Herr Dammeyer!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die zentrale Bedeutung von Bildung und Wissenschaft für die F.D.P.-Fraktion hier im Hause haben mein Kollege Schultz-Tornau und ich heute morgen in der übergreifenden Debatte über den Haushalt des Ministerpräsidenten markiert. Wir haben einen Entschließungsantrag zum Etat des Kultusministers eingebracht. Wir fordern - und wir bleiben dabei - Umschichtungen zugunsten von Bildung und Wissenschaft, eine Konzentration der Kräfte des Landes auf den Abbau des Unterrichtsausfalls. Gerade weil Sparzwänge existie-

(C)

ren, sagen wir das. In Zeiten knapper Kassen kommt es um so mehr darauf an, sich auf seine Kernaufgaben zu konzentrieren. Das sind für uns Bildung und Wissenschaft. Deshalb ist und bleibt unser Hauptvorwurf an diese Landesregierung, daß ihr die Kraft zu den nötigen Kurskorrekturen offensichtlich fehlt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was passiert, wenn man zugunsten von Bildung und Wissenschaft diese Schwerpunkte im Haushalt nicht setzt, sondern lediglich Mangelverwaltung betreibt, kommt in wirklich eindrucksvoller Form in einem Strategiepapier einiger Bildungsexperten in der SPD-Fraktion zum Ausdruck, das kürzlich einmal unter dem Gesichtspunkt der Schulentwicklungsplanung in Nordrhein-Westfalen die Öffentlichkeit erreicht hat. Es heißt in diesem Papier - ich zitiere das jetzt einmal unter Haushaltsgesichtspunkten -: Das Nebeneinander unterschiedlicher Schulformen ist unökonomisch. Unökonomisch sind auch Schulen, die weniger als dreizügig sind.

(Abgeordnete Woldering [CDU]: Da kommt es heraus!)

Im Klartext: Wir schließen 760 von 900 Hauptschulen, wir schließen 260 von 500 Realschulen, wir schließen 150 von 600 Gymnasien; also: Wir schließen insgesamt 1 200 Schulen und ersetzen sie durch 460 Gesamtschulen.

(D)

Das Schlimmste an diesem Papier, meine Damen und Herren, ist die Ebene der Argumentation. Wenn die Gesamtschule früher zumindest noch pädagogisch begründet wurde - darüber kann man ja reden -, dann heißt die intellektuell wirklich anspruchsvolle Formel heute nur noch: Die billigste Schule ist die Einheitschule.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Ich denke, das ist die teuerste! Das erzählen Sie doch sonst immer!)

Ich möchte Ihnen im Blick auf das Niveau dieser Argumentation - Herr Kollege Dammeyer, Sie haben ja sicherlich auch an diesem Papier mitgewirkt - den Vorschlag machen: Schaffen Sie die allgemeine Schulpflicht ab; führen Sie freiwillig sechs Jahre

(A) (Abgeordneter Reichel [F.D.P.]

Volksschule ein, und bekennen Sie sich ansonsten stramm zum Analphabetentum. Das wäre noch ein bißchen billiger.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Den Eindruck hat man bei Ihnen!)

Ich halte dieses Papier für einen wirklich markanten Ausdruck der Mangelverwaltung, die im Bildungsbereich hier in Nordrhein-Westfalen betrieben wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! 3 600 Neueinstellungen sind in diesem Jahr nach den entsprechenden Korrekturen des Haushaltsentwurfs der Landesregierung durch die SPD-Fraktion vorgesehen. Das klingt ja zunächst beachtlich: 3 600 Neueinstellungen. Das klingt schon weniger beachtlich, wenn man dagegen rechnet, daß zeitgleich etwa 3 000 Lehrer pensioniert werden. Das klingt noch weniger beachtlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß parallel dazu die Schülerzahlen steigen. Und das klingt noch weitaus weniger beachtlich, wenn man dies einmal nach Schulformen aufschlüsselt und sich fragt: An welcher Schule treten eigentlich Verbesserungen und wo möglicherweise Verschlechterungen ein?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Was Sie hier an Neueinstellungen planen, wird an den meisten Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht zu Verbesserungen, sondern es wird zu Verschlechterungen der Unterrichtsversorgung führen. Ich will Ihnen das gern einmal nachweisen:

(Minister Schwier: Teilen heißt die Parole!)

An Hauptschulen gehen 360 Lehrer in Pension; vorgesehen haben Sie 60 Neueinstellungen, nachdem Sie seit 1985 dort überhaupt keinen Lehrer eingestellt haben. An Realschulen gehen 219 Lehrer in Pension; Sie haben 90 Neueinstellungen vorgesehen, nachdem es 1986, 1987 und 1989 gar keine Einstellungen gab.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Keine Ahnung!)

An Gymnasien werden 670 Pädagogen in Pension gehen; 100 Neueinstellungen haben Sie vorgesehen.

(C)

Die Schulen des gegliederten Schulwesens werden im nächsten Haushaltsjahr 1 000 Lehrerstellen verlieren. Meine Damen und Herren, hier wird nicht Unterrichtsausfall bekämpft - hier wird Unterrichtsausfall systematisch ausgeweitet!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ganz anders - und deswegen sage ich: systematisch - ist die Versorgungslage der Gesamtschulen. 36 Pensionierungen stehen nach den entsprechenden Aufstockungen, die die SPD-Fraktion dort noch vorgenommen hat, jetzt 780 geplante Einstellungen gegenüber. Sie ersehen daraus: Zur Werbestrategie für Gesamtschulen gehört jetzt offensichtlich auch,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

daß der Unterrichtsausfall dort zu Lasten des gegliederten Schulwesens gering gehalten wird. Deutlicher kann man die unfaire Ungleichbehandlung der Schulformen in Nordrhein-Westfalen nicht dokumentieren.

(Minister Schwier: Können Sie sich vorstellen, daß das auch etwas mit Schülerzahlen zu tun haben könnte? - Zurufe von CDU und F.D.P.)

(D)

- Ich kenne sehr wohl die von Ihnen ja kürzlich den Ausschußmitgliedern vorgelegten Zahlen zur Entwicklung der Schülerzahlen an den einzelnen Schulformen. Dort haben wir eine zunehmende Schülerschaft an den Realschulen, dort haben wir eine konstante Schülerschaft an den Gymnasien, und dort haben wir nur eine ganz geringfügig zurückgehende Schülerschaft an den Hauptschulen. Das sind die Fakten, die sich konfrontieren lassen mit den tausend Lehrern, mein lieber Herr Kultusminister, die Sie dem Bereich des gegliederten Schulwesens hier entziehen.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das sind Zahlen aus Liechtenstein, nicht aus Nordrhein-Westfalen.)

Hören Sie auf, bei der Bekämpfung des Unterrichtsausfalls auf Zeit zu spielen! Wir müssen nicht ein Organisationsgutachten abwarten, um etwas gegen den Unterrichtsausfall zu tun. Wir wissen - Herr Dr. Dammeyer hat das zu Recht angemerkt -, daß Lehrer fehlen. Wir wissen, daß die Berechnungs-

(A) (Abgeordneter Reichel [F.D.P.]

grundlagen für den Lehrerbedarf falsch sind. Wir wissen, daß tragfähige Regelungen zum Vertretungsunterricht fehlen.

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, warum die Mehrheitsfraktion den Vorschlag der F.D.P. abgelehnt hat, wenn schon nicht den Lehrermangel in diesem Jahr vollständig auszuräumen - was sicherlich im Blick auf die Haushaltslage nicht so ohne weiteres geht, Herr Kultusminister -, dann doch zumindest Vertretungsunterricht tragfähig zu organisieren, indem man eine "Lehrer-Feuerwehr" einrichtet. Wir folgen damit Vorschlägen, die Herr Kienbaum gemacht hat, einer Kritik, die ausdrücklich in seinem Zwischenbericht enthalten ist, einer Kritik daran, daß es hier eine tragfähige Regelung für Vertretungsunterricht nicht gibt.

Geradezu dialektisch erscheint das Vorgehen von Landesregierung und Mehrheitsfraktion zum Thema Personalmangel an Berufsschulen. In einem Entschließungsantrag wird die Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation von derzeit 1 : 46 auf 1 : 30 gefordert,

(Abgeordneter Frey [SPD]: 1 : 45!)

und parallel dazu beraten wir den Landeshaushalt.

(B)

(Abgeordneter Frey [SPD]: Sie haben das immer noch nicht begriffen!)

Sie unternehmen nichts, überhaupt nichts, um Ihre Ankündigung in die Wirklichkeit umzusetzen. Einen Antrag der F.D.P. im Schulausschuß, zumindest 300 zusätzliche Berufsschullehrer zusätzlich zu den 250, die ja vorgesehen sind - was auch nicht ausreicht, um die Zahl der Pensionierten abzudecken -, einzustellen, haben Sie abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Auch um jungen Leuten, die jetzt die Entscheidung über ihre Berufslaufbahn treffen, eine Perspektive zu vermitteln, brauchen wir nicht weitere schönklingende Ankündigungen, wir brauchen Einstellungen, auch deswegen, um die Abschreckungswirkung der konsequenten Nichteinstellungspolitik der letzten Jahre aufzuheben und Vertrauen bei jungen Leuten zu schaffen, sich als Berufsschullehrer zu qualifizieren. Sonst wird trotz Einstellungsbereitschaft der öffentlichen Hand in den

(C)

nächsten Jahren der Nachwuchsmangel, den wir schon jetzt beklagen, dort eklatant zunehmen.

Ein zweites Feld, auf dem die Schulpolitik der Landesregierung lediglich Ankündigungspolitik geblieben ist: Ganztagschulen. Als eine zentrale Aufgabe der neuen Legislaturperiode hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Beginn der Legislaturperiode die Ausweitung des Ganztagsschulangebots gerade dort, wo es sich nicht um Gesamtschulen handelt, dargestellt. Der Haushalt, der uns jetzt vorliegt, enthält Spielraum für 30 neue Gesamtschulen. Wenn man nach Spielraum für zusätzliche Ganztagsangebote sucht: Fehlanzeige.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Falsch! - Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Da hat er nicht mal die Beratungen im Ausschuß mitgekriegt!)

- Ich komme gleich auf Ihren wirklich überzeugenden Vorschlag. Die Tatsache, daß der Haushaltsentwurf der Landesregierung Platz für nicht eine einzige zusätzliche Ganztagschule enthält - so bestätigt vom Kultusminister in der Sitzung des Schulausschusses -, wird von Ihnen jetzt mit dem untauglichen Versuch kaschiert, 45 kw-Stellen in den Ganztagsbereich umzupoolen. Ein wirklich beachtlicher Vorschlag, verehrter Herr Kollege Dammeyer, um ein zentrales Ziel der Landesregierung in dieser Legislaturperiode - Ausweitung des Ganztagsschulangebots - zu erreichen.

(D)

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Sie haben ja eben auch nicht zugehört!)

Im übrigen: Wenn ich der heutigen Presse entnehme, daß Sie bei der Ausweitung des Ganztagsangebots offensichtlich nur an Billiglösungen denken - Billiglösungen zumindest für das Land, weil die Eltern zahlen sollen, weil die Kommunen zahlen sollen und weil Sie sich weitere Lehrer dort ersparen wollen -, dann scheint mir auch das nicht überzeugend zu sein. Jedenfalls entspricht es nicht den Ankündigungen, die in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten für diese Legislaturperiode gegeben worden sind.

(Beifall bei der F.D.P. - Abgeordneter Frey [SPD]: Wieviel hätten Sie denn gerne? 8 000, 10 000, 15 000? Wer bietet mehr?)

(A) (Abgeordneter Reichel [F.D.P.]

Unsere Forderungen nach einer "Lehrer-Feuerwehr" - 1 500 Lehrer für Vertretungsunterricht -, nach einer Erhöhung der Stellenreserve zumindest erst einmal an den Sonderschulen, wo die Verhältnisse in dem Land, das sich ja gerne als soziales Gewissen der Republik aufspielt, besonders schlimm sind, und unsere Forderung nach Ausländerzuschlägen zugunsten der bisher benachteiligten Realschulen und Gymnasien begleitet ein Deckungsvorschlag.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Och!)

Wir haben auch im Ausschuß vorgeschlagen - das wissen Sie, Herr Kollege Frey, der Sie "Och" sagen, weil Sie im Ausschuß ja selber geäußert haben, daß es sich hier um einen interessanten Deckungsvorschlag handelt -, über eine Kürzung der Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden um ein Drittel, und zwar der nicht näher beschriebenen Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden, Freiraum für etwa 1 700 Stellen zu gewinnen, die mindestens einen großen Teil dessen abdecken, was wir uns hier an zusätzlichen Stellen im Schulbereich vorstellen.

(B) Wir folgen damit - ich erwähnte es eingangs - einem kritischen Hinweis von Herrn Kienbaum. Dieser Hinweis der zu vielen zu wenig klar definierten Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden ist ja bereits im Zwischenbericht, der uns im Ausschuß vorlag, enthalten gewesen. Wir handeln damit übrigens genauso wie Ihr zukünftiger Parteivorsitzender, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm in Schleswig-Holstein, wo Lehrerstellen derzeit dadurch freigemacht werden, daß Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden gesenkt werden.

(Minister Schwier: Halbiert werden sie bei uns!)

Ein mutiger Schritt! Die Reduzierung der Altersermäßigungen ist bei uns bislang noch nicht angedacht.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Herr Reichel, sagen Sie mal welche!)

Herr Minister Schwier, vielleicht lassen Sie sich von Ihren Kollegen dort einmal informieren, wie man Spielräume im Haushalt gewinnt.

(C)

Für uns hat der Einsatz des Lehrers im Unterricht erste Priorität. Wir können den Lehrermangel über organisatorische Verbesserungen nicht ausräumen, aber wir können Vertretungsunterricht überzeugend organisieren, und wir können über organisatorische Verbesserungen Argumente für Neueinstellungen gewinnen. Für Neueinstellungen kann derjenige am konsequentesten eintreten, der nachweisen kann, daß jedenfalls das vorhandene Personal so effektiv wie möglich eingesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Da wir über Deckungsvorschläge für 1 700 Stellen verfügen, werden wir dem Antrag der CDU-Fraktion, der nachher zur namentlichen Abstimmung steht, zustimmen. Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung, und zwar zum Thema Zuschüsse zu Schulwanderungen und Schulfahrten.

Schulwanderungen und Schulfahrten fallen reihenweise aus, weil, wie wir wissen, erwartet wird, daß Lehrer Verzichtserklärungen unterschreiben. Wenn dieser Ansatz im Haushalt überhaupt Sinn machen soll, verehrter Herr Kultusminister, muß man ihn auch realistisch ausstatten.

(D) Wir sehen zunehmend das Problem, daß man mit einer bestimmten Vorgabe im Haushalt hier eine vernünftige Bedarfsdeckung wohl nicht hinbekommt, und regen daher an, daß wir uns im Ausschuß darüber unterhalten, wie wir in Zukunft eine weniger starre, dafür aber bedarfsgerechtere Möglichkeit schaffen können, um zu verhindern, daß Schulwanderungen und Schulfahrten ausfallen, weil Lehrer unter Druck gesetzt werden, Erklärungen abzugeben, daß sie auf Kostenerstattung verzichten. Darüber würden wir im Ausschuß gerne einmal unter systematischen Gesichtspunkten sprechen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Kollegin Schumann von der Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nie zuvor waren sich so

(A) (Abgeordnete Schumann [GRÜNE])

viele Menschen darin einig, daß staatliche Anstrengungen für Bildungsausgaben und Bildungsangebote verstärkt werden müssen. Neben den höheren Abschlüssen stehen bei den Eltern in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Bundesrepublik Reformmaßnahmen hoch im Kurs. Meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., ich bitte Sie, trotz Ihrer ideologischen Scheuklappen einmal zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Bedürfnisse von uns wahrgenommen werden müssen.

Wir stellen fest, daß integrative Lernformen, z. B. gemeinsames Lernen von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern, bei immer mehr Eltern sehr gefragt sind. Wir stellen fest, daß Eltern für ihre Kinder Lernformen und -inhalte, die mit Lebensnähe und Lebenserfahrung angereichert sind, bevorzugen, und wir freuen uns darüber, daß die Sensibilisierung für Kinder- und Jugendprobleme in einer an sich kinder- und jugendfeindlich organisierten Leistungsgesellschaft wie unserer in den pädagogischen Erwartungen der Eltern an Schule ihre ersten Früchte trägt.

(B) Veränderte Lebens- und Berufsperspektiven von Frauen haben auch dazu beigetragen, daß Schule ganz anders sein muß und sich anders entwickeln soll. Der Standardbedarf an ganztägigen schulischen Angeboten wird auf 40 %, der Mindestbedarf auf 20 % geschätzt. Das wurde vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft 1990 belegt.

All diesen von mir ganz kurz angedeuteten Erwartungen und Anforderungen an Schule wird der Regierungshaushalt und das, was die SPD im Schulhaushalt obendraufgetan hat, leider nicht gerecht.

1989 hat der Essener Bildungsplaner Professor Klemm noch vorgerechnet, daß allein zur Sicherung des bislang erreichten, defizitären pädagogischen Angebots bis Mitte 1995 die jährliche Einstellung von 4 000 Lehrerinnen und Lehrern notwendig ist. Um es mit seinen Worten zu sagen: Keine Klasse würde bei diesem Status-quo-Modell kleiner werden, keine jetzt nicht erteilte Unterrichtsstunde würde künftig erteilt, kein zusätzliches Kind fände einen Ganztagsplatz, kein Spielraum für irgendeine Verbesserung wäre gegeben. Wohlgemerkt: bei 4 000 Einstellungen pro Jahr.

(C)

Natürlich konnte er 1989 in seinen Berechnungen die Entwicklung des Aussiedlerzuzugs noch nicht berücksichtigen. Ich denke, wir können davon ausgehen, daß die realistische Einstellungsgröße für die Aufrechterhaltung des Status quo inzwischen weitaus höher liegt - vielleicht bei 5 000 Lehrern pro Jahr. Mißt man daran das Regierungsangebot und die Aufstockung der SPD, die bei exakt 3 526 Stellen landet, kann eigentlich nur von einer Verschlechterung die Rede sein, nicht mehr vom Status quo. Was das bedeutet, möchte ich an zwei Schulformen erläutern, die unter der Unterversorgung besonders stark zu leiden haben.

Nach der aktuellen Statistik im Schuljahr 1990/91 nehmen die Sonderschulen in allen Regierungsbezirken des Landes im Hinblick auf Unterbesetzung eine Spitzenstellung ein. Die absoluten Spitzenreiter sind Remscheid mit 12,1 % und Wuppertal mit 11,7 %; Prozente sagen vielleicht zuwenig, wenn man nicht in den Schulen arbeitet. Was das bedeutet, haben uns aber Eltern vermittelt, die den Landtag besucht und mit allen Bildungspolitikern gesprochen haben.

Eltern haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Chancen auf ein Leben in größtmöglicher Selbständigkeit, ohne Bevormundung verspielt werden, wenn Förderung in den Sonderschulen nicht mehr möglich ist. Die individuellen Fördermöglichkeiten zum Erwerb von praktischen Alltagsfähigkeiten bis hin zu individuellen Gestaltungs- und Ausdrucksfähigkeiten können nicht voll ausgeschöpft werden.

(D)

Die Situation in diesen Schulen nähert sich mehr und mehr dem Zustand der Verwahrung in einem Ghetto mit erheblichen Risiken für die Gesundheit der Kinder.

Aus diesem Grunde hatten wir im Dezember beantragt, daß die von der Regierung vorgesehene Einstellung von Sonderschullehrern vorgezogen wird, damit die erheblichen Risiken hier gemindert werden. Man hat diesen Antrag in den Ausschuß überwiesen und jetzt über ihn abstimmen wollen. Wir können nur sagen: Das kann tatsächlich nicht wahr sein; denn jetzt helfen diese Stellen nichts mehr. Sie hätten sofort, im Dezember, bewilligt werden müssen.

Für Eltern, die ihr Kind in der Normalität der Regelschule mit nichtbehinderten Kindern lernen lassen

(A) (Abgeordnete Schumann [GRÜNE])

möchten, fordern wir GRÜNE die Möglichkeit, in den Integrationsschulversuch aufgenommen zu werden. 20 Anmeldungen von Schulträgern stehen für das nächste Schuljahr an. Sie sollen einem Haushaltsentwurf geopfert werden, der für sich in Anspruch nimmt, daß vorausschauendes Denken und finanzpolitische Vernunft seine Richtung bestimmen. Wenn diese Ausweitung von jetzt 80 auf 100 Schulversuche nicht möglich sein soll, dann sind nach meiner Meinung bürokratische Kleinkrämer und Pfennigfuchser ohne die geringste Vorstellung von der Verwirklichung humaner gesellschaftlicher Zukunftsentwürfe am Werk.

Auch die Verweigerung einer Übernahme von behinderten Kindern, die bislang mit Nichtbehinderten in der Grundschule lernen konnten, in die weiterführende Schule mit dem Kostenargument offenbart für mich einen erschreckenden Mangel, das menschlich Anstößige im eigenen politischen Handeln noch wahrzunehmen. Ein betroffener Vater formulierte in seinem Gespräch mit bildungspolitischen Vertretern aller Landtagsfraktionen den Sachverhalt so: Sie können Kinder nicht einfach an- und ausknipsen. Erst dürfen sie integriert werden, im Kindergarten, in der Grundschulzeit, bis man ihnen mit dem Holzhammer das Ende der Integration klarmacht und sie in die Sondereinrichtung abschiebt.

(B)

Wir haben für diesen Fall 260 Lehrer/innen-Stellen zur personellen Verbesserung und zur bedarfsgerechten Ausweitung dieser Integrationsklassen gefordert. Wir fragen uns, Herr Dammeyer, warum die SPD diesem Elternbegehren nicht entspricht, obwohl Sie doch einen quasi fertigen Antrag in der Tasche haben, der den Ausbau von integrativen sonderpädagogischen Förderangeboten ausdrücklich befürwortet.

Der rote Faden, der durch unsere gesamten Haushaltsforderungen geht, ist die Verbesserung der Fördermöglichkeiten in allen Schulformen. Wenn ich von allen weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I die Hauptschule und die Gesamtschule extra heraushebe, dann deshalb, weil die Hauptschule besonders viel förderungsbedürftige Schülerinnen und Schüler hat und weil es sich die Gesamtschule zum pädagogischen Konzept gemacht hat zu fördern.

(C)

Die Hauptschule ist nicht mehr in der Lage, das erweiterte Bildungsangebot aus den kw-Beständen zu sichern. Das wurde im Ausschuß deutlich. 600 bis 900 Stellen werden dafür gebraucht, aber verweigert. Hier werden die Schülerinnen und Schüler dafür bestraft, daß sie eine Schulform besuchen, die tatsächlich nicht mehr zu halten ist - auch nach unserer Meinung - und auch nicht mehr künstlich am Leben gehalten werden soll. Aber solange es diese Schüler gibt, brauchen sie alle Möglichkeiten für besondere Förderungen. Dazu gehört eben auch das nachmittägliche Angebot, das erweiterte Bildungsangebot.

Gesamtschulen, besonders die in der Gründung und im Aufbau, kommen mit einer 100%igen Stellenbesetzung, Frau Philipp und Herr Reichel, nicht mehr aus. Sie brauchen Riesenüberhänge, um ihren gesamten Unterrichtsbedarf, Förderbedarf und Differenzierungsbedarf zu decken. Das ist inzwischen eigentlich ein Allgemeinplatz; nur Sie haben das offensichtlich noch nicht zur Kenntnis genommen.

Es ist aus vielen Äußerungen der Regierungspräsidenten und aus dem Kultusministerium kein Geheimnis mehr, daß Gesamtschul-Neugründungen inzwischen verhindert werden müssen, weil für die Lehrereinstellungen kein Geld eingesetzt wird. Die Anmeldezahlen in vielen Orten schreien geradezu nach neuen Gesamtschulgründungen, und das schon seit Jahren. Ich fordere die SPD auf, mit meiner Fraktion die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Gesamtschulen ihren gesetzlichen pädagogischen Auftrag erfüllen können, und zwar im Umfang der tatsächlichen gesellschaftlichen Nachfrage.

(D)

(Beifall bei den GRÜNE)

Im übrigen fordern wir auf jeden Fall auch deswegen die Einstellung von mehr Lehrerinnen und Lehrern - und die GRÜNE haben sich auf 8 300 zusätzliche Stellen festgelegt -, weil es inzwischen Praxis geworden ist, daß Teilzeitarbeit und Beurlaubung nach § 78 b für Beamte in vielen Regierungsbezirken nicht mehr genehmigt werden. Was das bedeutet, können Sie sich ausmalen. Wer Schule kennt, weiß, daß die Motivation von Frauen, die einen besonders großen Bedarf an Teilzeitarbeit haben, überhaupt noch in der Schule tätig zu sein, heruntergehen wird. Wie sollen

(A) (Abgeordnete Schumann [GRÜNE])

sie beispielsweise die Vereinbarkeit von Beruf und Familie aufrechterhalten?

Ich komme zu einem anderen Bereich, zur Weiterbildung. Die Weiterbildung in NRW wurde gesetzlich zur vierten Säule erklärt, aber de facto zum fünften Rad am bildungspolitischen Wagen gemacht. Damit Menschen auch die Chance haben, weiterhin Bildungsdefizite aufzuarbeiten und Bildungsbenachteiligungen auszugleichen, damit der Zugang für alle in allen Lebensphasen besser gesichert wird und damit die Weiterbildung in der Lage ist, den Prozeß der individuellen Selbstfindung, der Alltagsbewältigung, der Qualifizierung und der gesellschaftlichen Bewusstwerdung einzuleiten und voranzutreiben, fordern wir zur Bestandssicherung der Weiterbildung in NRW erhebliche Anstrengungen, und zwar Anstrengungen, die sich direkt auf das Weiterbildungsgesetz beziehen und dieses Gesetz nicht - wie das seit Jahren hier im Landtag der Fall ist - aushebeln.

Wir wollen, daß die kleinen Weiterbildungseinrichtungen zur Sicherung einer pluralen Struktur nicht hängengelassen werden, sondern tatsächlich brauchbare Arbeit leisten können. Dafür brauchen sie die Mindestausstattung mit zwei hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeitern.

(B)

Wir wollen, daß angesichts der neuen Herausforderungen für Weiterbildung die Angebote ausgeweitet werden, anstatt sie einzufrieren, wie es seit 1982 getan wird. Und wir wollen, daß der zweite Bildungsweg allen in Nordrhein-Westfalen offensteht, und fordern deswegen, daß zur Sicherung der abschlußbezogenen Lehrgänge an Volkshochschulen eine finanzielle Beteiligung des Landes an den Personalmehrkosten in Höhe von 7 Millionen DM gewährt wird.

Ich komme zum letzten Bereich, zur Kultur; das soll aus Sicht der GRÜNEN wahrhaftig keine Wertung sein. Aber wie das nicht nur in kommunalen Haushalten zu sein pflegt, sondern auch im Landeshaushalt, ist in den Kulturhaushalt kein zusätzliches Geld geflossen. Im Gegenteil: Leider sind Mittel gestrichen worden.

Die Kollegen von der SPD - das zu sagen finde ich ganz wichtig - sind wegen der Kürzungen, die dem Kulturhaushalt zugemutet werden, sichtbar betroffen

(C)

in den Ausschuß gekommen. Wir haben ein Stück weit Solidarität mit ihnen empfunden und damit eine völlig andere Situation erlebt, als das im Ausschuß für Schule und Weiterbildung der Fall ist, in dem sich andere Fronten bilden. In diesem Fall kann es von unserer Seite gar keine Häme über das geben, was die Kolleginnen und Kollegen von der SPD im Ausschuß mit abstimmen bzw. was sie ablehnen mußten.

Die Förderung der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen - so behaupte ich - hat den Kulturhaushalt etliches gekostet. Sie werden das vielleicht bestreiten, meine Damen und Herren von der SPD, aber irgendwoher müssen ja die zusätzlichen Aufwendungen für das ehrgeizige Projekt, NRW zum Filmland Nr. 1 zu machen, kommen. Dazu eignet sich natürlich unter anderem der Kulturhaushalt.

Das Land steht dem WDR in nichts nach, der sich seine Mittel für die Beteiligung an der kommerziellen Filmstiftung aus den sogenannten Überschüssen der Landesanstalt für Rundfunk geholt hat und sie damit der Förderung der Offenen Kanäle - sprich: der 15-%-Gruppen, der Bürgerinnen- und Bürgergruppen - entzieht.

Wo hat man den Kulturhaushalt gekürzt? Eine sehr interessante Frage! Im Kultushaushalt sind Mittel für die kulturelle Filmförderung eingestellt. Da ist man sage und schreibe herangegangen und hat bewiesen, daß damit ganz eindeutig die kommerzielle Filmförderung vor der kulturellen Filmförderung in NRW rangiert. Wir dürfen gespannt sein, wie sich das bei diesen beiden Konkurrenzprojekten, die sich gegenseitig eventuell oder wahrscheinlich konterkarieren, auf Dauer auswirkt. **(D)**

Die SPD mußte, um die kulturelle Filmförderung in NRW zu retten, genau die Mittel in diesen Haushaltstitel wieder einstellen, die zuvor von der Regierung gekürzt worden waren. Somit ist diese 1 Million DM - darum handelt es sich - anderen Projekten entzogen worden.

Was ist der kommerziellen Filmstiftung noch zum Opfer gefallen? All das, was es in der Kulturlandschaft schwer hat, alles, was noch nicht groß ist, aber als kulturelles Pflänzchen gepflegt werden muß, damit die Vielfalt von Kunst und Kultur gegen die einschlä-

(A) (Abgeordnete Schumann [GRÜNE])

fernden, unkritisch-affirmativen Tendenzen der kommerziellen Angebote für die Freizeitgestaltung gesichert bleibt.

Betroffen wurde die Soziokultur, die auf die notwendige Anschub- oder Startfinanzierung von 1,3 Millionen DM verzichten muß. So war es nicht geplant. Im Gegenteil: Der Kultusminister hatte sich einmal für ein solches Anschubprogramm stark gemacht, damit die Soziokultur in Nordrhein-Westfalen auch wirklich zum Leben erblüht, auch in den Kommunen, in denen sie zum Teil noch gar nicht aufgebaut ist.

Betroffen sind viele Projekte, die aus dem Projektmitteelpf der Titelgruppe 90 nicht mehr gefördert werden können, weil der sogenannte Feuerwehrfonds einfach zugemacht wurde, so daß Projekte, für die Anträge bislang noch nicht vorliegen, auch im Laufe des Jahres nicht gefördert werden können. Ich denke, von "Feuerwehrfonds" kann da wahrhaftig keine Rede mehr sein.

Betroffen sind auch Frauenprojekte wie das des Vereins zur Errichtung des Frauenmuseums in Münster und die Förderung der dritten Frauenkulturwoche in Dortmund - alles im Grunde kleine Projekte, die mit wenigen Projektmitteln eine Menge kultureller Leistung sicherstellen könnten.

(B)

Betroffen sind die freien Theater, die entgegen der Zusagen in den letzten Jahren in der Förderung die Gleichstellung zu den kommunalen Theatern wieder nicht erfahren haben. Betroffen sind auch die kommunalen und privaten Musikschulen, die aufgrund der Personalmehrkosten an das Land die dringende Bitte gerichtet hatten, doch einen Teil mitzutragen.

Alles, was das Salz in der kulturellen Suppe ist, konnte sich nicht durchsetzen. Ich bin gespannt, welche fad schmeckende Suppe wir wegen der kommerziellen Filmförderung auszulöffeln haben.

Langer Rede kurzer Sinn: So, wie sich die Sachlage in den Bereichen Schulhaushalt, Weiterbildungshaushalt und Kulturhaushalt darstellt, können wir dem Einzelplan 05 nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke der Kollegin Schumann von der Fraktion DIE GRÜNEN und darf für die CDU-Fraktion das Wort an Frau Abgeordnete Wischermann geben.

Abgeordnete Wischermann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Dammeyer, Ihre Ausführungen zu unserem Abstimmungsverhalten im Ausschuß sind ein Zeugnis Ihrer Unseriosität. So können Sie das nicht sagen. So können wir das nicht im Raum stehenlassen.

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Haben Sie anders abgestimmt, als ich hier vorgetragen habe?)

- Dann müssen Sie aber ganz detailliert vortragen und nicht nur ein paar Sachen herauspicken. Ich werde mich hier nicht mit Details befassen. Alle, die daran interessiert sind, können die Abstimmung anhand des Ausschußprotokolls nachvollziehen.

Meine Damen und Herren, schon häufig ist in diesem Hause der desolate Zustand an den Schulen unseres Landes beschrieben worden. So auch heute von den verschiedensten Leuten. 300 000 Unterrichtsstunden fallen pro Woche aus. Sie kennen alle die Klagelieder von Eltern und auch von Lehrern vor Ort.

(D)

Die Schule ist für die Schüler da, hat unser Ministerpräsident gesagt. Ich möchte Ihnen heute exemplarisch aufzeigen, daß dies scheinbar nur für die Gesamtschule gilt. Es gilt weder für die Hauptschule, noch die Realschule, nicht für das Gymnasium und schon gar nicht für die Sonderschulen, über die ich heute sprechen möchte.

Jedes Kind und jeder Jugendliche hat das Recht auf die bestmögliche Förderung seiner Begabung und Fähigkeiten. Insbesondere trifft das auf Behinderte zu. Deswegen haben wir in Nordrhein-Westfalen ein leistungsfähiges, gegliedertes Sonderschulwesen mit zehn verschiedenen Schultypen, die sich gut bewährt und über Jahre entwickelt haben.

Im Vorfeld der Haushaltsdebatten häuften sich Petitionen von Betroffenen. Hier hofften sie Hilfe und

(A) (Abgeordnete Wischermann [CDU])

Unterstützung in diesem Ausschuß zu finden. Lapidare Beschlußvorlage im Petitionsausschuß war dann, das statistische Stellensoll sei erfüllt. Das wissen die Eltern und Lehrer auch selbst. Diese Statistik kennen sie bereits.

Das Problem, meine Damen und Herren, liegt jedoch darin, daß diese Angaben nichts über die tatsächliche Vorortssituation an den Behindertenschulen aussagen,

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Sie kürzen ab!)

- Nein, ich kürze nicht ab; Sie können gleich ja auch noch reden -, weil eine Vielzahl von Lehrerstunden wegen Verwaltungsarbeiten, Altersermäßigungen, angeordneten Fortbildungsmaßnahmen, längerfristiger Erkrankung, Mutterschaftsurlaub und Erziehungsurlaub nicht verfügbar sind und entfallen.

Außerdem werden Sonderschullehrer von ihren Schulen abgezogen, um Unterricht an den Grundschulen zu erteilen, an denen die Modellversuche der Integration von behinderten und nichtbehinderten Kindern durchgeführt werden. Deshalb nennt sich Ihr Versuch, Herr Minister, auch "kostenneutral". Mittlerweile geben Sie ja zu, daß das natürlich so nicht geht.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

Um diese Unterrichtsausfälle zu vermeiden, müßte das Stellensoll für jede Behindertenschule um mindestens 10 % erhöht werden, wobei wir doch alle wissen, daß die Schüler-Lehrer-Relation zur Berechnung des wahren Lehrerbedarfs nicht ausreicht. Siehe Landesrechnungshof!

Aber die Bildungspolitik unseres Landes hat diese Schulen in der Vergangenheit massiv benachteiligt. Herr Minister, es sieht in Ihrem Haushalt für die nächsten Jahre nicht besser aus.

Wie geht es nun an den Sonderschulen zu? Es ergibt sich dort laufend die Situation, daß nur ein einziger Lehrer für eine Klasse verantwortlich ist. Wenn einer der Schüler zur Toilette begleitet werden muß, was geschieht dann mit den anderen? Diese Schüler auch nur für einen Moment allein zu lassen, ist in höchstem Maße gefährlich.

(C)

Die Lehrer können kaum pädagogisch arbeiten, da sie zumeist mit pflegerischen Tätigkeiten befaßt sind. An vielen Schulen übernehmen Eltern in Notfällen die Aufgabe des Aufpassens. Bei solchen Zuständen sind wir als Politiker gefordert. Das müssen wir ändern; jetzt und in diesem Haushalt!

(Beifall bei der CDU)

In diesem Land geht es in Riesenschritten zur Verwahrschule zurück, bei der durch den Lehrermangel auch noch häufig der Ganztagsunterricht, der gerade für diese Kinder und auch deren Eltern besonders wichtig ist, wegfällt. Es trifft einmal wieder - wie so oft - die Ärmsten der Armen und ihre Familien.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir die Sonderschulfrage in unserer Fraktion - obwohl es in diesem Haushalt viele andere brennenden Schulthemen gibt - zu einer zentralen Frage in der Haushaltsdebatte gemacht.

Die Hilfe suchenden Eltern werden wie schon seit Jahren weiter getröstet. Aber jetzt lassen sie sich nicht mehr trösten. Sie bilden Initiativen und bringen ihre zu Recht geforderten Ansprüche auf behindertengerechte Förderung massiv zur Sprache. (D)

Ich werde laufend zu Gesprächsrunden von Elterninitiativen eingeladen

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Ja?!)

und muß mir - wie Sie sicher auch - ihre berechnete Wut, Enttäuschung und Beleidigungen anhören, die Ihnen, Herr Minister, gelten und auch in Ihre Verantwortlichkeit fallen, worauf ich natürlich immer hinweise.

Sie, Herr Minister, haben 80 Modellversuche in Grundschulen zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder genehmigt. Nach Ihrer eigenen Darstellung handelt es sich dabei nicht um einen Schulversuch von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung; die Maßnahmen sollen lediglich die Grundlagen für eine zu entwickelnde, grundsätzliche Versuchskonzeption bilden.

(A) (Abgeordnete Wischermann [CDU])

Was für eine Lawine haben Sie mit diesen Versuchen ins Rollen gebracht! Welche falschen Hoffnungen wecken Sie bei den Eltern und den Kindern! Denn nun beginnt in diesem Lande nach Aussagen der Eltern das, woran kaum jemand gedacht hat, und zwar eine Art "Modellversuchstourismus". Die betroffenen Eltern versuchen, ihr behindertes Kind an einer dieser 80 Schulen anzumelden.

Ist dies geglückt, so suchen der Vater oder die Mutter oder beide Elternteile in dieser Stadt einen neuen Arbeitsplatz. Die nichtbehinderten Kinder müssen ihre Schulen wechseln und werden wie die behinderten Kinder aus dem Freundeskreis und ihrem bekannten Umfeld herausgezogen. Wohnungen werden verlassen, Häuser verkauft und neue Wohnungen gesucht. Sie wecken Hoffnungen! Und das alles nur für vier Jahre.

Aber was kommt denn dann, in der Sekundarstufe I?
- Fragt man die betroffenen Eltern nach ihren Vorstellungen, so gehen sie natürlich davon aus, daß die gemeinsame Beschulung immer weiter läuft. Aber selbst der Ministerpräsident setzt nach der Grundschule eine Grenze: Für die Eltern behinderter Kinder kommt zur Integration allerdings nur die Gesamtschule in Frage. Was ist aus Ihrer Gesamtschule dann geworden, Herr Minister: die Hauptschule und die Sonderschule des Landes!

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das hätten Sie wohl gern!)

Da nützen auch nicht die Sonderzuweisungen von Lehrern an die Gesamtschule, die wir in diesem Haushalt nicht akzeptieren.

Jetzt schwirrt ein neuer Begriff durch die Sonderschullandschaft: Förderzentren! Statt neuer Lehrereinstellung gibt es nur neue Verunsicherung. Was soll denn noch alles mit diesen armen Kindern ausprobiert werden? Ist das Ihre Vorstellung vom sozialen Handeln?

Mit Genehmigung des Präsidenten zitiere ich aus der Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau:

Die Qualität einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit Schwachen und Minderheiten umgeht.

(C)

Das gilt in besonderer Weise für Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seinen Leistungen und seiner Nützlichkeit.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Sehr gut!)

- Ja, sehr gut.

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das schreiben Sie mal der CDU ins Stammbuch!)

- Hören Sie noch einmal gut zu! Ich zitiere weiter:

Der Blick über unsere Grenzen zeigt, daß wir beim Zusammenleben mit Behinderten noch viel von den Erfahrungen anderer lernen können.

Wann lernen denn Sie, Herr Minister Schwier, und wann machen Sie sich die Worte des Ministerpräsidenten zu eigen? Stellen Sie Ihrem Auftrag gemäß unserem Antrag entsprechend 2 000 Lehrer mehr ein! Setzen Sie hier einen Schwerpunkt! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Wischermann. - Für SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Abgeordneten Frey.

Abgeordneter Frey (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich versuche, es kurz, knapp und schmerzhaft zu machen, weil ich es irgendwo satt habe, daß wir uns gegenseitig agitieren, ohne daß irgend jemand draußen etwas zur Kenntnis nimmt.

(Zurufe)

Frau Philipp, ich glaube, Sie finden nicht nur irgendwelche Papiere in der Straßenbahn, sondern Sie finden auch Ihre Reden in der Straßenbahn.

(Beifall bei der SPD)

So hat sich nämlich das angehört, was Sie hier vorgelesen haben. Diese Rede als "Philippika" zu bezeichnen, wäre in der Tat eine Beleidigung aller entsprechenden historischen Vorbilder. Ich bitte Sie wirklich

(A) (Abgeordneter Frey [SPD])

herzlich, einmal die Realitäten zur Grundlage Ihrer Diskussionsbeiträge zu machen und nicht die Hirnspinste.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linssen und Reul [CDU])

Denn ich habe in der Tat die Meinung, daß Sie in Ihrer Diskussionsweise - ich meine Sie nicht persönlich, sondern die Art der bildungspolitischen Diskussion der CDU - langsam nicht mehr ein Fall für die Politik sind, sondern für den Psychiater,

(Oh-Rufe bei der CDU - Abgeordneter Reul [CDU]: Herr Präsident!)

weil Sie hinter jedem Busch die Umstürzler und die entsprechenden Umsturzpläne vermuten. Ich bin nicht mehr bereit, diese Art von Diskussion mitzumachen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Reul [CDU]: Dann setzen Sie sich doch hin!)

Ich will nur einen Punkt herausgreifen. Liebe Frau Philipp, ich will Ihnen jetzt einmal den Begriff der Sekundärtugend erklären. Sie haben das offensichtlich an Ihrer Schule nicht richtig beigebracht bekommen. "Sekundärtugenden" sind in der Tat Fleiß, Disziplin und Ordnung. Warum Sekundärtugenden, warum Tugend, die sozusagen an zweiter Stelle kommt?

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Weil sie erst zur Tugend wird, wenn Sie mit einem Inhalt verbunden ist, und zwar mit einem positiven Inhalt! Deswegen spricht man hier von Sekundärtugenden. Man kann das auch umdrehen. Beispielsweise ist Fleiß eine Sekundärtugend. Aber jemand, der fleißig und gleichzeitig dumm ist, ist eine Landplage für diese Gesellschaft,

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und deswegen würde ich bitten, dies mit einzubeziehen.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Frey, würden Sie eine Frage der Kollegin Philipp beantworten?

(C)

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ja, wenn es denn sein muß, bitte sehr!)

Bitte schön.

Abgeordnete Philipp (CDU): Herr Frey, kann es eigentlich sein, daß Ihnen die Zitate, die ich gebracht habe, schlichtweg unangenehm sind, weil Sie eben die Grundlage Ihrer Bildungspolitik, und dies schon seit vielen Jahren, gewesen sind?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Abgeordneter Frey (SPD): Nein, das ist eine völlige Fehlinterpretation, weil Sie einfach den Begriff "Sekundärtugend" entweder nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Solange ich in diesem Landtag bin, kommt mit schöner Regelmäßigkeit dieses Zitat wieder in die Diskussion. Ich meine, Sie müssen endlich einmal erklären: "Wir sind nicht in der Lage, das zu kapieren." - Dann sind wir gerne bereit, Ihnen das noch einmal zu erklären. Oder Sie machen hier böswillige Propaganda, und auch das lassen wir nicht zu.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU) (D)

Ich bitte wirklich, hier eine Diskussion zu führen, die sich an den Tatsachen orientiert und nicht an dem, was Sie gerne hätten oder vermuten.

Jetzt zu Herrn Reichel! Zunächst einmal bringen Sie als ganz dollen Einfall, daß sich dieses Land gefälligst auf seine originärste Aufgabe zu konzentrieren habe, nämlich auf den Bereich Bildung und Wissenschaft. Ich stimme Ihnen zu; das ist tatsächlich einer der originärsten Bereiche - oder sogar der originärste; da stimme ich auch zu. Nur muß ich Ihnen dazu sagen: Haben Sie schon einmal in den Haushalt hereingeguckt? Wissen Sie eigentlich, wieviel Geld dieses Land für Bildung und Wissenschaft ausgibt? - Es sind über 20 Milliarden DM. Das heißt, fast ein Drittel des gesamten Landeshaushalts wird für Bildung und Wissenschaft ausgegeben. Wenn das keine deutliche Prioritätserklärung ist, dann weiß ich nicht, was sonst noch Prioritätserklärung sein soll.

(A) (Abgeordneter Frey [SPD])

(Beifall bei der SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich bin durchaus der Meinung, daß man hier und da noch eine Menge drauflegen kann. Aber Ihr Diskussionsbeitrag, daß hier keine Priorität gesetzt werde, geht einfach an den Realitäten des Haushalts vorbei.

Dann haben Sie den Punkt der Größe oder Kleinheit von Schulen angesprochen. Ich finde es ja ganz toll, daß die F.D.P. jetzt schon in der Notlage ist, das nachzuplappern, was Herr Heesen vom Philologenverband überall verbreitet. Das ist aber Ihr Problem. Es geht hier nicht darum, pausenlos irgendwelche Schulen zu schließen, sondern es geht ganz simpel darum, die gesetzlichen Bestimmungen durchzusetzen. Es steht in den Schulgesetzen, wo die Mindestzügigkeit festzulegen ist.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Wer legt sie denn fest?)

Es geht darum, diese gesetzlichen Bestimmungen durchzusetzen und nicht ein Horrorgemälde zu zeichnen, was Sie hier einzubringen versuchen.

(B) (Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Wer macht das denn?)

- Nein, wir machen das nicht. Die einzigen, die das wirklich tun, sind CDU und F.D.P. und ihre Hilstruppen in den entsprechenden berufsständischen Verbänden. Das ist ganz einfach.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen, die Menschen zu desorientieren. Wir setzen Aufklärung und Information dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu paßt auch der dritte Punkt. Sie erklären, es ist in den Jahren 1987/88/89 gar nicht eingestellt worden. Das ist falsch. Wissen Sie, wie viele Leute von 1985 bis 1990 in den Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen eingestellt worden sind? Wissen Sie das?

(Abgeordneter Reichel [F.D.P.]: Auch an Hauptschulen?)

(C)

Es sind über 10 000. Das wissen nur wenige. Tatsächlich haben wir kontinuierlich praktisch in jedem Jahr - auch 1986, auch 1987 usw. - 2 000 zusätzliche Stellen wieder besetzt, das heißt, Einstellungen durchgeführt. Also auch das stimmt nicht.

(Abgeordneter Ruppert [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Ja, das geht dann wieder von meiner Redezeit ab.

Vizepräsident Schmidt: Würden Sie die Frage von Herrn Ruppert zulassen?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Ja, bitte sehr.)

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Herr Kollege Frey! Nachdem Sie eben vorgetragen haben, die Oppositionsparteien würden die Menschen im Lande offenbar mit Erfolg desorientieren. Darf ich Sie dahingehend verstehen, daß die Menschen im Lande, also Schüler, Eltern, Lehrer usw., offenbar zu dumm sind, um die kluge Politik der SPD-Regierung und der Mehrheitsfraktion zu verstehen?

(Minister Schwier: Aber die haben uns doch (D) gewählt!)

Abgeordneter Frey (SPD): Also diesen Eindruck habe ich überhaupt nicht; denn ich gehe davon aus, daß eine deutliche Mehrheit der Wähler in diesem Lande sich für die SPD entschieden hat, und dies sicherlich aus einer sehr ernsthaften politischen Entscheidung heraus. Das ändert nichts daran, daß Sie desorientieren wollen. Aber dem ist kein Erfolg beschieden.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt, der bei Herrn Reichel falsch war, war die Frage der Berufsschule. Sie haben auch immer noch nicht verstanden, daß es sich hier um einen Stufenplan handelt, der auf fünf Jahre bezogen ist. Ihre ganz interessante Forderung, jetzt noch einmal zu den bereits 250 Stellen, die wir im Haushalt für Berufsschulen ausgewiesen haben, obwohl dieses Kapitel kw-besetzt ist, noch einmal 300 Stellen

(A) (Abgeordneter Frey [SPD])

draufzusetzen, das hört sich ja ganz doll an. Nur, auch da leiden Sie unter mangelnder Sachkenntnis, denn Sie haben auch das nicht aufgenommen, was im Ausschuß diskutiert wurde, daß wir ab 300 Stellen im Grunde diese Stellen gar nicht mehr besetzen können, weil diese Leute nicht da sind. Da muß ich doch einmal fragen: Was nutzt es denn, 500 oder 800 Stellen irgendwo auszuweisen, wenn ich gleichzeitig genau weiß, daß ich diese Stellen gar nicht besetzen kann? Ich meine, das ist ein Roßtäuschertrick, den Sie hier an den Tag legen; das hat überhaupt nichts damit zu tun, tatsächlich Mangelsituationen an Berufsschulen abzubauen.

Schließlich Ihr in der Tat umwerfender Deckungsvorschlag, ein Drittel aller Ermäßigungsstunden zu kürzen. Ich will nicht verhehlen, daß hier und da tatsächlich Kürzungsmöglichkeiten bestehen. Nur hätte ich von Ihnen ganz gerne einmal gewußt, bei welchen Ermäßigungsstunden Sie denn kürzen wollen. Wollen Sie bei der Altersermäßigung kürzen, bei der Ermäßigung für Schulleiter, für besondere Aufgaben in den Schulen? Wo denn?

(Zuruf des Abgeordneten Reichel [F.D.P.]

(B)

Dann müssen Sie ganz konkret werden, damit Sie auch den Gruppen, die konkret davon betroffen sind, sehr deutlich sagen, was die F.D.P. mit diesen Leuten vorhat.

(Beifall bei der SPD)

Darum würde ich Sie herzlich bitten. Wenn Sie konkret werden, kann man über solche Vorschläge reden; aber bitte nicht allgemein über Ermäßigungsstunden reden und in der Tat dann das alte Diktum, daß die Wahrheit konkret ist, außer acht lassen!

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Frey, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Abgeordneter Frey (SPD): Ich mache es jetzt ganz kurz. Frau Schumann hat die behinderten Kinder angesprochen. Dazu will ich nur einen Satz sagen. Ich habe auch an diesem Gespräch teilgenommen. Es ist in der Tat erschütternd, was man im einzelnen mitbekommt:

(C)

(Abgeordneter Reul [CDU]: Wer ist dafür verantwortlich?)

Nur bin ich der Meinung, gerade dieser hochsensible Bereich ist überhaupt nicht dazu geeignet, daß moralinsaure Erklärungen abgegeben und moralische Vorträge gehalten werden, weil jeder, der sich nur ansatzweise mit diesem Problem befaßt - nämlich der Integration behinderter Kinder in das allgemeinbildende Schulwesen -, weiß, welche schweren Probleme, welche schweren Detailprobleme damit verbunden sind. Und dann hier sozusagen damit noch Stimmung zu machen, halte ich - das muß ich Ihnen wirklich sage, Frau Kollegin Schumann - für nicht in Ordnung.

(Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Nicht im Hau-Ruck-Verfahren!)

Ich glaube, wir können keine Haushaltsberatung führen nach dem Motto: Wer bietet mehr? Wenn wir 1 000 Stellen einsetzen, fordern Sie 2 000; wenn wir 10 000 einsetzen, fordern Sie 20 000. Wer diese Politik macht, ist unseriös. Ich hoffe, daß Sie vielleicht etwas lernen, damit wir die nächste Haushaltsberatung in einer vernünftigeren Art und Weise durchführen können. - Danke schön.

(D)

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Jawohl, Herr Oberlehrer! - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Frey von der SPD-Fraktion. Meine Damen und Herren! Zum Abschnitt Schule bei Einzelplan 05 liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir gehen dann über zum Kulturbereich. Nur damit wir wissen, wovon wir miteinander reden: Die Kulturabteilung bei 05 ist jetzt aufgerufen.

Ich darf das Wort der Frau Abgeordneten Professor Dr. Möhrmann erteilen. Bitte schön.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir trauern um den Verlust des kulturellen Engagements der Landesregierung.

(A) (Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU])

(Ah! bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Der im Einzelplan 05 enthaltene Kulturetat klingt wie ein Abgesang auf die Arbeit im Kulturausschuß. Als trauriges Leitmotiv durchzog das Verdikt "Der Antrag ist abgelehnt" die schnelle Sitzung.

Alle Anträge der CDU-Fraktion wurden abgelehnt. Die freundlichen Kollegen von der SPD-Fraktion, mit denen wir in der Sache ja nicht selten einig sind, signalisierten zwar per Blick teilnehmendes Bedauern, doch bei der Abstimmung obsiegte der Fraktionszwang; der Maulkorb saß schon fest.

(Beifall bei der CDU)

Gewiß: Die vielzitierte Finanzmisere, die hohe Verschuldung des Landes, bestimmt den Haushalt. Wenn wir dennoch unsere Anträge von rund 15 Millionen DM stellen, so deshalb, weil wir ganz einfach besser rechnen. Schließlich hat die CDU-Fraktion Einsparungsvorschläge und Einnahmeverbesserungen von rund 3 Milliarden DM präsentiert, Einsparungsvorschläge also, die über diejenigen der Landesregierung noch hinausgehen. Aber wir sparen nicht an den falschen Stellen, nicht bei Sozial- und Kulturausgaben.

(B)

(Zustimmung bei der CDU)

"Ohne Kultur kein Leben", hatte Hilmar Hoffmann kürzlich in der "Süddeutschen Zeitung" geschrieben und darauf hingewiesen, daß sich "Zukunftsentwürfe ohne kulturelle Kompetenz" gar nicht denken lassen.

Kultur hat immer auch ihre soziale Kehrseite. Sie sensibilisiert für die Probleme der anderen; sie macht hellhörig und hellichtig. Ohne Kultur geht die Gesellschaft aus dem Leim.

Vor diesem Hintergrund möchten wir unsere Anträge verstanden wissen. Deshalb setzen wir uns für die Erhöhung des Ansatzes für die kirchlichen Büchereien, für Musikschulen und Laienchöre, für das Rockbüro und die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, für die sozio-kulturellen Zentren, für die Theater- und Filmarbeit ein. Ich möchte im folgenden einen der Anträge meiner Fraktion begründen: die Unterstützung der Musikschulen.

(C)

Unser Antrag zielt auf eine Erhöhung des Ansatzes um rund 4 Millionen DM. Die CDU-Fraktion versteht sich als verlässliche und traditionsreiche Verbündete der nordrhein-westfälischen Musikschulen.

(Zustimmung bei der CDU)

Immerhin setzt sie sich seit über zehn Jahren für eine bessere finanzielle Förderung durch das Land ein.

Unbestritten ist die Bedeutung der Musikschulen als Ausbildungsstätte für Menschen jeden Alters und jeder sozialen Herkunft, das heißt, ihr demokratischer Grundimpuls. Denn das ist ja das Besondere der deutschen Musikschulen: Ihr Angebot kommt allen Musikinteressierten zugute. Das ist nicht selbstverständlich.

Vor ihrer Gründung lag die außerschulische Musikerziehung entweder in den Händen von Privatlehrern, wo es willkürlich zuing, oder in der Obhut der Konservatorien, wo Elitismus herrschte. Die interessierten Laien blieben draußen vor der Tür.

Seit vielen Jahren nun ist es in zunehmender Weise den Kommunen und freien Trägern gelungen, in Nordrhein-Westfalen ein höchst beachtliches Musikschulangebot zu gewährleisten. Damit haben sie das verfassungsrechtliche Gebot einer angemessenen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen vor Ort sichergestellt. Die Kommunen also kommen ihrer Pflichtaufgabe nach. An 170 Musikschulen unseres Landes werden rund 200 000 Musikschüler durch etwa 2 200 hauptamtliche und 6 000 nebenamtliche Musikschullehrer unterrichtet. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Vielfaltigkeit unseres kulturellen Lebens. Darüber hinaus ist ihre Arbeit mit jungen Menschen ein wichtiger bildungs- und sozialpolitischer Auftrag. Soweit, so eingespielt.

(D)

Doch nun schlagen Nordrhein-Westfalens Musikschulen Alarm. Sie sind als Folge von Arbeitsgerichtsurteilen unverschuldet in die Finanzkrise geraten. Anlaß sind die höheren Kosten für die Vergütung nebenamtlich tätiger Lehrkräfte - das sind rund 6 000 Musiklehrer -, die von den Trägern nicht aufgefangen werden können.

Beide Möglichkeiten, die Finanzkrise aufzufangen, die vielerorts diskutiert werden, nämlich Kürzungen

(A) (Abgeordnete Dr. Möhrmann [CDU])

der Angebote oder aber eine Erhöhung des Elternbeitrags, sind im Grunde nicht akzeptabel. Das ist für eine sozial verantwortliche Kulturpolitik, wie sie die CDU-Fraktion vertritt, nicht akzeptabel. Denn insbesondere die Beitragserhöhung, die die Kinder weniger finanzkräftiger Eltern ausschließt, würde der Geldelite Tor und Tür öffnen. Eine solche feudalistische Ausschlußpolitik kann die CDU nicht mittragen.

Deshalb fordern wir die Verdoppelung des Ansatzes für Musikschulen, nämlich eine Erhöhung um 4,05 Millionen DM. Im Kulturausschuß wurden unsere Forderungen mit eher bürokratischen Argumenten und kaum triftig zurückgewiesen. Eine veränderte Finanzierungsmodalität bei den Musikschulen sei nicht möglich, befand der Kultusminister, ein flächendeckendes Kulturangebot zu finanzieren nicht Aufgabe des Landes, echote der Abgeordnete W.

Und doch liegt - entsprechend dem föderativen Konzept unserer Landesverfassung - die Hauptverantwortung für die Kulturförderung bei den Kommunen und dem Land. Kultur, Kunst und Wissenschaft sind durch Land und Gemeinden zu fördern, heißt es in der Landesverfassung, Artikel 18 Abs. 1. Dies gilt um so mehr, als sich das Land durch das beschlossene Gemeindefinanzierungsgesetz ohnehin schon auf Kosten der Städte saniert und die Musikschulen ohne eigenes Verschulden in diesen finanziellen Engpaß geraten sind.

Meine Damen und Herren, in Notsituationen sollten sich Politiker nicht hinter einem Repertoire bürokratischer Ausreden verschanzen, sondern spontan Hilfsprogramme starten. Politik wird für Menschen gemacht, nicht für die Verwaltung. Daß man andere Finanzierungsstrategien entwickeln kann, hat meine Fraktion gezeigt. Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wir leihen Ihnen gern einmal unseren Herrn Schauerte aus, allerdings nicht für lange.

(Oh!-Rufe bei der SPD - Weitere Zurufe von der SPD: Keine Drohungen!)

Zu einem weiteren Antrag, den ich hier stellen wollte, spreche ich nicht, weil ich Sie nicht mit einer noch längeren Rede ermüden möchte. Ich möchte nur ein abschließendes Wort sagen: Wir werden der Ablehnungsguillotine der Landesregierung in keiner Weise zustimmen.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Professor Dr. Möhrmann. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Gerritz das Wort. Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Kunst und Kultur waren in den vergangenen Jahrzehnten Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation. Kultur und Kulturpolitik haben deswegen auch eine wichtige Funktion bei der Überwindung der deutschen Teilung. Sie haben wesentliche Bedeutung für die Identität der neuen Länder, deren kulturelle Infrastruktur einen schwierigen Übergangs- und Umstellungsprozeß durchmacht.

So, meine Damen und Herren, die Feststellung des Hohenheimer Memorandums zur Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik im geeinten Deutschland, formuliert auf der 252. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und -senatoren im Februar dieses Jahres.

(D)

Die SPD-Landtagsfraktion stimmt dieser Einschätzung zu. Die Konsequenz daraus ist: Auch der Kulturhaushalt unseres Landes hat seinen Beitrag zur Finanzierung der großen Defizite in den fünf neuen Ländern zu leisten, d.h., er wächst in geringerem Maße als das in den vergangenen Jahren der Fall war, nämlich nur um 4 Prozent. Es gibt mehr für freie Theater und mehr für verschiedene Filmfestivals, ich denke an Oberhausen, Dortmund und an das Frauenfilmfestival in Köln.

Meine Damen und Herrn, Haushaltsberatungen nach dem Muster der letzten Monate mögen uns in Zukunft erspart bleiben. Kaum hatte man die Beratungen ein Stückchen weiter bewegt, teilte einem der Finanzminister mit, er und seine Kollegen träfen sich in den nächsten Tagen erneut mit dem Bundesfinanzminister, und dieser werde neue Finanzwünsche an die Länder herantragen. Als Variante dieser Runde gab es die der Ministerpräsidenten beim Bundeskanzler - wie Sie

(A) (Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD])

wissen, mit demselben Ziel. So wurde der Haushaltsplanentwurf von Mal zu Mal mehr zur Makulatur.

Ich will mich nicht denen anschließen, die der Bundesregierung und dem finanzkundigen Bundeskanzler "Wählerbetrug" vorwerfen; einige Vertreter meiner Fraktion haben dies heute ja mehrfach versucht. Ich bin bereit anzuerkennen, daß die es tatsächlich nicht besser gewußt haben. Nachdem die in Bonn ihre Ignoranz nun mehrfach öffentlich zugestanden haben, bleibt uns für künftige Haushaltsberatungen ein derartiges Gewurschtel hoffentlich erspart; wenn ich auch vermute, daß die nächsten Haushaltsplanberatungen die finanziellen Möglichkeiten des Landes Nordrhein-Westfalen wie auch der anderen alten Bundesländer noch mehr einengen, als das in diesem Jahr bereits geschehen ist.

(B) Meine Damen und Herren, ich gebe meinen beiden Vorrednerinnen gern ein Kompliment zurück: Ordentlich - wenn auch nicht immer vom Ergebnis, Frau Kollegin - ging es auch in diesem Jahr im Kulturausschuß zu. Die Fraktionen haben sich nicht zerfleischt. Sie haben ein gewisses Verständnis für die jeweilige Rolle gehabt - Sie haben es so ähnlich formuliert -, die bei Regierenden halt anders aussieht als bei Opponierenden. Das Gespräch ist trotz aller Schwierigkeiten in der Sache diesmal nicht abgebrochen worden und wird auch in Zukunft nicht abbrechen. Dafür bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN. In der Sache gab es in der Tat viele Gemeinsamkeiten.

Sie müssen es jedoch hinnehmen, werte Kolleginnen und Kollegen, wenn ich den einen oder anderen Antrag von Ihnen - zuvörderst manchen Antrag der CDU-Fraktion - eigentlich mehr belustigt habe zur Kenntnis nehmen können. Ich sage es einmal drastisch: Sie haben sich verhalten, als sei das wichtigste Mitglied des Kulturausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen ein dukatenkackender Esel. Ich will dies an dem kuriosesten Beispiel verdeutlichen.

Im letzten Jahr - damit wollten Sie die Landtagswahl bestreiten - gedachten Sie, den Musikvereinen und Chören Nordrhein-Westfalens zusätzlich 5 Millionen DM zukommen zu lassen. In diesem Jahr - trotz der von uns allen objektiv konstatierten Schwierigkeiten - haben Sie noch 1 Million DM, genauer 990 000 DM,

(C) draufgesetzt. Diesen 6 Millionen DM haben wir Sozialdemokraten 100 000 DM entgegengesetzt. Ich sage Ihnen: Den westdeutschen Sängerbünden ist mit diesem Spatz in der Hand - dieser Spatz in der Hand bedeutet alles in allem eine 15prozentige Steigerung - mehr gedient als mit dem christdemokratischen Elefanten auf dem Dach. Sie wissen, Elefanten auf dem Dach führen nur zum Zusammenbruch des Daches.

Meine Damen und Herren, kluge Leute meiner Fraktion, die den Auftrag hatten, ohne Ansehen der Person die Haushalte zu durchforsten, waren zu dem Ergebnis gekommen, die Hälfte des Bibliothekshaushaltes zusammenstreichen zu müssen. Dies hat die Fraktion mit großem Ernst - das Ergebnis kennen Sie - verhindert.

Der Finanzminister, wieder einmal aus Bonn zurück, wollte an die Ankaufmittel für die Museen heran und wollte dem Mülheimer Filmbüro 25 % seiner Mittel streichen. Die Fraktion - auch das wissen Sie - hat auch dies verhindert und empfiehlt deshalb für die Zukunft, auch wenn die Abstimmungszeit eine geringe ist, dem Finanzminister eine bessere Abstimmung mit dem Kultusminister. Man kann nicht eine Filmstiftung mit großem finanziellen und großem Zeitaufwand ins Leben rufen und im selben Atemzug die künstlerische Filmförderung amputieren wollen. Man kann nicht einen Ministerpräsidenten, der sich in Kur befindet, unbewußt desavouieren, indem man das, was er dem neuen Leiter der Kunstsammlung NRW zugestand, wieder zurücknimmt. (D)

Meine Damen und Herren, es war so manches ärgerlich in diesem Jahr, und ohne ein Quentchen Gelassenheit und Routine wäre man in den verschiedensten Papieren, die miteinander zu kompilieren und zu kombinieren waren, arg verkommen.

Ich sagte: Die Zeiten werden heftiger. Besonders schwierig wird es für die personalintensiven Kulturinstitutionen werden, für die Theater zum Beispiel. Ich mutmaße, daß pures Wehgeschrei den kommunalen Theatern künftig nicht mehr helfen wird. Sie zu erhalten muß unser Ziel sein; aber dieses Ziel zu erreichen, dafür gibt es kein Allheilmittel. Auch Kooperation ist keines; wenn auch die eine oder andere Fusion in Nordrhein-Westfalen durchaus denkbar wäre.

(A) (Abgeordneter Dr. Gerritz [SPD])

Auffällig in unseren Theatern ist, daß eine Gruppe eher abnimmt als zunimmt: die der Künstler. Ich behaupte, kein nordrhein-westfälisches Theater hat heute mehr Künstler als 1960, die meisten sogar weniger. Wachstum an unseren Theatern gibt es bei den Administratoren; es gibt Wachstum bei den Technikern.

Meine Damen und Herren, vor drei Wochen war ich im Hamburger Schauspielhaus. Da gibt es einige Senatorenlogen. Die sind nicht mehr benutzbar; denn wo früher die Herren Senatoren und ihre Gattinnen dem Treiben auf der Bühne zuschauten, blicken heute Beleuchtungskörper herunter, einer neben dem anderen. Ich begann von meinem ungünstigen Platz aus zu zählen, und bei dem hundertsten Beleuchtungskörper in diesem Theater hörte ich auf zu zählen. Es können deshalb gut und gern 140 sein. Ähnliches könnte ich Ihnen aus nordrhein-westfälischen Theatern erzählen.

Es geht nun nicht um den einzelnen Beleuchtungskörper oder gar die Kosten seiner Investition. Es geht darum, daß diese Armee von Lampen nur von Künstlern *sui generis*, Beleuchtungskünstlern nämlich, gesteuert werden kann. So etwas steuert man nicht mit Hand, sondern per Computer. Kurz: An unseren Theatern nehmen die Künstler ab und die Ingenieure zu.

(B)

Ich sage: Hier ist umzusteuern. Geschieht dies nicht und kommt es nicht zu wirklichen Kostenreduktionen, auch durch innere Strukturveränderung, dann werden in dieser Republik in den nächsten Jahren eine Reihe von Theatern sterben, und ich vermute, in Anbetracht der großen Schwierigkeiten in Ostdeutschland werden die nachgeweinten Tränen nicht allzu reichlich fließen.

Meine Damen und Herren, es gibt in meiner Fraktion Kolleginnen und Kollegen, die der Meinung sind, das Land kümmere sich um zu viel, das Land mische sich in zu vieles ein, die Kulturpolitik verkleckere sich. Ich bin dieser Meinung nicht - noch nicht. Nur: Die Frage nach der Effizienz stellt sich in Zukunft härter, als sie sich vielleicht in der Vergangenheit gestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Gerritz. - Für die F.D.P.-Fraktion darf ich dem Abgeordneten Dorn das Wort erteilen.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Haushaltsberatungen dieser Art sind unerträglich und in der Sachberatung für eine vernünftige Politikgestaltung in einem Parlament unzumutbar.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich hoffe sehr, daß sich das auf der Bundes- und Landesebene nicht für den nächsten Haushalt wiederholt, weil es auch für die Kommunalparlamente und deren Finanzplanung nicht zu akzeptieren ist.

Lassen Sie mich auch ein Wort an die Adresse des Ältestenrates dieses Hauses richten. Haushaltsberatungen zweiter Lesung in zwei Tagen, wie sie hier jetzt zusammengepfercht sind, sind genauso unerträglich für eine sachliche Beratung dieser anstehenden Probleme und Abstimmungen. Wir sollten zu dem ursprünglichen Weg zurückkehren und sie auf drei Tage verteilen, weil dann besser zugehört werden kann; denn wer von morgens, 10.00 Uhr, bis abends, 22.00 Uhr, hier sitzen muß, der ist einfach nicht mehr in der Lage, Argumente richtig werten zu können.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich möchte nun zum kulturpolitischen Teil des Landeshaushalts 1991 kommen. Ende vorigen Jahres legte die Landesregierung ihren Haushaltsplan vor. Doch bevor die Einzelberatungen in den Ausschüssen begannen, änderte die Regierung ihre Vorlage und kürzte den Kulturteil finanziell um die Millionenbeträge, die hier vorhin schon angesprochen worden sind. Gott sei Dank, Herr Kollege Dr. Gerritz, machte die SPD-Fraktion dieses Trauerspiel nicht in allen Bereichen mit, und im Kulturausschuß gelang es, wieder Verbesserungen gegenüber der Regierungsvorlage zu erreichen. Auch wir konnten unsere Anträge durchsetzen, und durch Kürzungen in einigen anderen Positionen war es möglich, auch neue Schwerpunkte zu bilden.

(A) (Abgeordneter Dorn [F.D.P.]

Für die Fraktion der Freien Demokraten bekenne ich mich ausdrücklich zu den auch von uns mitbeschlossenen Verbesserungen der Zuschüsse für Privattheater, die Filmtage in Oberhausen, Duisburg und andere Projekte, den Ankauf von Werken der bildenden Kunst, die Neubaumaßnahmen für die Lippische Landesbibliothek in Detmold, für Träger der Orchester, Musikschulen und Einrichtungen der Musikpflege sowie die Erhöhung der Beträge für Autorenlesungen und Druckkostenzuschüsse für Werke der Literatur.

Aber, meine Damen und Herren, Kultur ist mehr als Kunst. Der Ministerpräsident unseres Landes wäre gut beraten, wenn er sein Verhältnis zur Kultur einmal überprüfen würde. Seine Regierungserklärung ist bezeichnend für sein mangelndes Kulturverständnis: Er hat zwei Stunden und zwanzig Minuten gesprochen. Davon redete er eine Stunde und fünfundzwanzig Minuten über die Weltinnenpolitik, was immer das auch sein soll. Für den Kulturbereich hatte er von den zwei Stunden zwanzig Minuten ganze drei Minuten übrig - und das zu dem Thema, das seit vierzig Jahren von den Ländern immer als ihr wichtigster Hoheitsbereich bezeichnet wird.

(B) Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß sich Minister Schwier im Kabinett nicht gegen die Kürzungen in diesen Bereichen durchsetzen konnte. Doch alle diese Entscheidungen betreffen nur Einzelpositionen des Landeshaushalts. Von einer kulturpolitischen Perspektive der Regierung für unser Land ist nichts zu spüren.

Wo bleibt eine Erhöhung der Beteiligung des Landes an der Stiftung Preußischer Kulturbesitz? Die Aufgaben der Stiftung sind durch die Projekte in den fünf neuen Ländern enorm gewachsen, und es ist gut, daß sich der Kulturausschuß in absehbarer Zeit ein eigenes Bild darüber machen will.

Was geschieht mit dem Anteil des Landes an der Kulturstiftung der Länder?

Wie verhält sich das Land bei der Absicherung verschiedener Institute in der ehemaligen DDR? Dabei denke ich zum Beispiel an das Johannes-R.-Becher-Institut für die Autorenausbildung in Leipzig. Wir haben darüber auch im Kulturausschuß gesprochen. Es ist das einzige Institut dieser Art in Deutschland,

(C) das auch erhalten bleiben sollte. Ich habe bereits im Kulturausschuß meine Meinung dazu vorgetragen. Natürlich müssen die ideologischen Bildungsgänge fortfallen, und es ist eine neue Fachschaftsordnung erforderlich. Ferner müssen alle Planstellen neu ausgeschrieben werden, damit endlich die Betonköpfe und auch die Opportunisten aus dem Lehrkörper verschwinden.

Der Vertreter unseres Landes in den Organen der Kulturstiftung sollte sich auch für eine Namensänderung des Instituts einsetzen. Ich bin sicher, daß er für eine solche Initiative eine breite Unterstützung beim Bund und auch bei dem Ministerpräsidenten des Landes Sachsen finden wird. Ein geeigneter Name unter anderen wäre sicher Gotthold Ephraim Lessing. Wir haben darüber mit den Vertretern der Bundesregierung Gespräche geführt, mit dem Schriftstellerverband und auch mit dem zuständigen Wissenschaftsminister in Sachsen.

(D) Meine Damen und Herren! Ich will nicht bestreiten, daß Johannes R. Becher als Autor viele bemerkenswerte Texte geschrieben hat. Ich habe auch sein Gesamtwerk in meinem Bücherschrank. Aber er hat auch Texte verfaßt, die seinen Namen für ein solches Institut in der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland unerträglich machen. Als einziges Beispiel möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten das folgende Zitat Bechers benennen, das er als Schlußwort auf einem Schriftstellerkongreß des DDR-Schriftstellerverbandes sagte:

Es lebe die gleiche Sprache des Friedens! Es lebe der Mann, der, wenn wir in dieser gleichen wortgewaltigen Sprache des Friedens reden, uns allen so nahe ist als ihr Sprachschöpfer. Es lebe der Meister, der geniale Autor dieser 800-Millionen-Sprache des Friedens: Stalin!

Dieses Zitat und manche andere zeigen uns den ganzen Unterschied zu literarischen Texten und politischen Einsichten, die notwendig sind, um neue kulturpolitische Initiativen zu ergreifen.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Können Sie auch einmal sagen, wann er das geschrieben hat?)

- Er hat das als Schlußwort auf dem Schriftstellerkon-

(A) (Abgeordneter Dorn [F.D.P.]

greiß des Schriftstellerverbandes der DDR im Jahre 1951 vorgetragen.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Was war denn da? Kalter Krieg!)

Viel später war Stalin ja Gott sei Dank nicht mehr da. Aber zu der Zeit lebte er noch. Und Stalin als einen "wortgewaltigen Sprachschöpfer des Friedens" zu bezeichnen, ist ja wohl eine Aussage, auf die man sich heute kaum noch verständigen kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun, meine Damen und Herren, die Landesregierung hat über den Bundesrat und Ministerkonferenzen über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus Einflußmöglichkeiten. Doch über eine Kompetenz kann man nur verfügen, wenn man auch eine entsprechende Konzeption hat. Die aber vermissen wir bei der Regierung Rau; denn die Idee der Regierung, Kulturpolitik durch Festivalveranstaltungen zu demonstrieren, ist ja wohl weitgehend gescheitert. Auch hierfür seien nur wenige Beispiele aufgezeigt:

- Das Filmfestival in Köln 1990 war ein Flop.

(B) - Das sowjetische NRW-Festival für 1992 ist bereits abgesagt.

- Das NRW-Kulturfest 1990 in Sachsen fand überwiegend unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, weil die Einwohner zu diesem Zeitpunkt andere Sorgen hatten.

- Das Tanzfestival 1990 war, wenn man von der Eröffnungsveranstaltung in Leverkusen einmal absieht, Herr Minister, in einigen Städten qualitativ besser.

Mein Fazit: Festivals werden Nordrhein-Westfalen nicht zum Kulturmagneten machen, wie die Regierung Rau glaubt. Kultur ist eben doch mehr, als diese Regierung zu bieten hat. Oder, wie die Schweizer Literaturkritikerin Elsbeth Pulver feststellt:

Man muß oder müßte in der Kulturförderung streng darauf achten, daß wirklich die Kultur gefördert wird und nicht vor allem der Betrieb, der die Kultur aufzufressen oder auszuhöhlen

droht. Das ist kein nostalgisches Lamento, sondern es geht um handfeste Realitäten.

Wir, Herr Minister, werden im Laufe dieser Legislaturperiode durch eine Reihe kulturpolitischer Initiativen neue Perspektiven aufzeigen und würden uns freuen, wenn wir dafür in der Zukunft auch parlamentarische Mehrheiten finden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Dorn. - Für die Fraktion DIE GRÜNEN darf ich Frau Kollegin Hürten das Wort erteilen. Bitte schön!

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche jetzt zu Ihnen in erster Linie als Kölnerin, in zweiter Linie als GRÜNE

(Beifall bei den GRÜNEN)

für eine Kölner Einrichtung, die in ihrer Art einzigartig in Nordrhein-Westfalen ist. Ich spreche von der Schule des Theaters im Theater "Der Keller".

(Beifall der Abgeordneten Robels-Fröhlich [CDU])

Im Jahre 1953, also vor 38 Jahren, wurde diese Schule gegründet, zunächst als private Schauspielschule mit Abendunterricht. Die Schule war so erfolgreich und gefragt, daß sie sehr schnell in den Tagesunterricht überwechselte. Höhen und Tiefen dieser 38 Jahre wurden überwunden, und die ganze Zeit über finanzierte sich die Schule einzig und allein über das Schulgeld der Schüler/-innen. Die Qualität der Schule ist so hervorragend, daß sie 1988 BAföG-angelernt wurde. Sie ist die einzige private Schauspielschule hier in Nordrhein-Westfalen, die das von sich behaupten kann.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Stimmt ja nicht!)

Mit dieser BAföG-Anerkennung ist aus meiner Sicht dreierlei verbunden:

(C)

(D)

(A) (Abgeordnete Hürten [GRÜNE])

Erstens. Das Land Nordrhein-Westfalen hat damit anerkannt, daß das Niveau der Schule einer Hochschule vergleichbar ist.

Zweitens. Die staatlichen Einrichtungen, die Schauspielschule in Bochum und die Folkwang-Schule, sind nicht in der Lage, den Bedarf zu decken. Von den Bewerber/-innen, die sich um eine Schauspielausbildung bemühen, können sie nur einen Bruchteil - konkret: ein Prozent - an diesen beiden Schulen unterbringen. Umgekehrt sind sie auch nicht in der Lage, den Bedarf der Theater an begabten, qualifizierten Nachwuchskräften zu decken. Nahezu täglich gehen bei der Schule des "Keller"-Theaters Anrufe von kleinen und großen Theatern des Landes ein, die Schauspieler/-innen brauchen.

Drittens. Das Argument, daß dann jede kleine Schauspielschule, jeder private Schauspielunterricht finanziell gefördert werden müßte, ist falsch. Die Schule des "Keller"-Theaters ist, wie gesagt, die einzige BAföG-erkannte private Schauspielschule. Die Ausbildung umfaßt drei Jahrgänge, in denen über Fechten, Tanzen, Pantomime, Körpertraining, Philosophie, Sprachschulung und Dramaturgie alles enthalten ist. Wo gibt es in Nordrhein-Westfalen eine weitere private Schule mit vergleichbarem Niveau?

(B)

Nach nunmehr 38 Jahren der Eigenfinanzierung ist die Schauspielschule jetzt nicht mehr in der Lage, die Kosten insgesamt selber zu tragen. Zum einen steht ab Juni 1991 der Hauptprobenraum nicht mehr zur Verfügung; es müssen neue Räumlichkeiten gefunden und es muß umgerüstet werden. Zum andern lassen sich auch die Personalkosten nicht mehr allein von den Schüler/-innen-Beiträgen decken. Die finanzielle Hilfe des Landes ist hier dringend geboten. Die 110 000 DM, die wir beantragt haben, können die Schüler aus ihren Nöten retten, können die Schließung im August verhindern. Für das Land ist es ein vergleichsweise lächerlicher Betrag, der sozusagen aus der Portokasse bezahlt werden könnte.

(Beifall bei den GRÜNEN - Minister Schwier: Haben Sie eine Ahnung, wie wenig in unserer Portokasse ist!)

Ich denke, wenn die Minister und die Ministerinnen ihre Portokasse zusammenlegen würden, würde sogar noch einiges für andere Dinge übrigbleiben.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren! Als ich im Dezember des vergangenen Jahres von den Sorgen der Schule bei uns in der Kölner Presse las, habe ich wirklich nicht damit gerechnet, daß ich heute hier zu diesem Thema sprechen muß. Ich war der festen Überzeugung, daß die Einzigartigkeit dieser Einrichtung, daß ihre Qualität und der Bekanntheitsgrad des Theaters ausreichen würden, alle Entscheidungsträger, sowohl die städtischen als auch die des Landes, problemlos zur Unterstützung zu bewegen. Ich habe mich getäuscht. Bis heute fehlen sowohl von der Stadt Köln als auch vom Land Nordrhein-Westfalen eindeutige Zusagen, Hilfe zu leisten. Deshalb, und nur deshalb, stehe ich heute hier. Politiker/-innen sämtlicher Parteien haben zwar der Theaterschule ihre Unterstützung bekundet, allein den Worten folgten bis heute keine Taten.

Ich appelliere daher an Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zur Rettung dieser Schule zu. Wir gehen in unserem Antrag keineswegs davon aus, daß einzig und allein das Land finanziell diese Schule retten soll, sondern wir gehen, wie das so oft ist, von einem klassischen Ansatz der Aufgabentrennung aus. Wir sind der Meinung, die Stadt Köln soll dieser Schule Räume besorgen, und wir sind der Meinung, daß das Land mit einem Personalkostenzuschuß diese Schule retten soll.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hoffe, daß die Abgeordneten von CDU und F.D.P. den Antrag unterstützen werden. Ich weiß zwar, daß die F.D.P. im Ausschuß den Antrag abgelehnt hat, aber ich bitte Sie: Überprüfen Sie noch einmal Ihre Haltung. Ist es nicht wirklich originär liberale Kulturpolitik, eine solche private freie Einrichtung zu fördern?

Besonders dringend appelliere ich aber an die Kölner SPD-Kolleginnen und Kollegen. Wenn Sie mit uns, mit der gesamten Opposition, stimmen, ist die Schule des "Keller"-Theaters gerettet. Herr Burger, Herr Heugel, ich hoffe, Sie sitzen noch in Ihren Büros. Auch Sie als Spitzenpolitiker der Kommune wollen Köln zum Kulturzentrum West machen. Theater und Schauspiel gehören dazu. Sie haben der Theaterschule Hoffnung gemacht, daß die Stadt Köln sich um Räu-

(A) (Abgeordnete Hürten [GRÜNE])

me bemühen will. Wer A sagt, muß auch B sagen. Sagen auch Sie ja zur Landesförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Brunn, Sie wissen als Ministerin für Hochschulpolitik, wie teuer Hochschulen normalerweise sind. Unterstützen Sie mit Ihrer Stimme diese kleine Schule. Ein entsprechendes Angebot, nur durch öffentliche Mittel finanziert, würde um ein Vielfaches teurer.

Kollegin Kever-Henseler, Kollegin Rauterkus, Kollege Vollmann: Teilen Sie nicht mit mir die Meinung, daß es auch in höchstem Maße unsozial wäre, die Schauspielschüler/-innen mitten in der Ausbildung auf die Straße zu setzen?

Frau Reinecke und Herr Schultz, sind Sie nicht auch der Meinung, daß die Schließung dieser Schule ein nicht zu verantwortender Verlust wäre?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Sie persönlich angesprochen und will auch die Antworten auf diese Fragen persönlich. Ich will hören, was Sie zu diesem Ansinnen sagen. Ich bin der Meinung, daß die Schule des Theaters "Der Keller" wissen soll, wer für seinen Aufstieg, wer für sein Verbleiben und wer für seinen Niedergang verantwortlich ist. Deswegen beantrage ich namentliche Abstimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Hürten. Sie haben zu der Anlage 5 - Theater "Der Keller" in Köln, Kapitel 05 830 - namentliche Abstimmung verlangt. Sie wird dann später durchgeführt. Vielen Dank.

Ich darf dann in der Reihenfolge - Abteilung Kultur - das Wort dem Abgeordneten Dr. Horn von der CDU-Fraktion erteilen.

Abgeordneter Dr. Horn (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre sicherlich reizvoll, auf einige Beiträge meiner Vorredner und Vorrednerinnen einzugehen, aber das muß ich mir versagen. Ich denke, daß der Fachausschuß dazu Raum gibt.

(C)

Ich will mich hier auf einen bedeutenden Antrag beschränken, den wir für sehr wichtig halten, der aber leider der Ablehnung im Fachausschuß verfallen war.

Meine Damen und Herren, zu den schönen Dingen des Lebens, die die Bürger unseres Landes als ihr Hobby erwählen, gehören Gesang und Musik. Hunderttausende sind es ja in Stadt und Land, die sich in vokalen und instrumentalen Laienmusikvereinen organisieren.

Sind wir uns wirklich, so frage ich, der Tatsache bewußt, in welchem Maße Chöre, Musikvereine und Orchester einen kulturellen Auftrag erfüllen - in ihrem Dorf, in ihrer Stadt oder in ihrem Stadtteil, wie ich es beispielhaft aus dem Oberbergischen berichten kann? Sie, die Vereine, pflegen musikalische Traditionen, wirken mit bei der Bildung der Bevölkerung, fördern die Musikerziehung von Kindern und Jugendlichen und sind auch als Verein mit den sozialen Problemen ihrer Mitglieder oder ihrer Umgebung konfrontiert. Das ist nur möglich, weil Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre selbst gewählten Aufgaben mit nicht nachlassender Passion ausfüllen.

Was ich hier mit wenigen Worten nur umreißen kann, ist eine erfreuliche, eine ermutigende Realität. Aber diese Realität ist keine heile Welt mehr. Die veränderten Bedingungen unserer Gesellschaft gehen nicht an den Vereinen vorbei. Für manche türmen sich Probleme auf: Nachwuchssorgen, Publikums-mangel und erhebliche, ja steigende Finanzierungsprobleme.

(D)

Von den im Haushaltsentwurf unter dem Titel 685 60 - Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege - ausgewiesenen fast 14,8 Millionen DM sollen lediglich 275 000 DM für Laienmusikverbände und 400 000 DM für leistungsstarke Laienmusikvereine sowie - wie es so schön in den Anmerkungen heißt - semi-professionelle Chöre verwandt werden. Das ist, so meinen wir, völlig unzureichend.

Die CDU hat deshalb schon im Kulturausschuß den Antrag gestellt, den Titel von 14 775 000 DM um 5 990 000 DM auf 20 765 000 DM zu erhöhen. Wir wollen dabei, daß der Anteil für die Musikschulen verdoppelt wird. Wir fordern des weiteren, daß

(A) (Abgeordneter Dr. Horn [CDU])

5 Millionen DM auf der Basis eines zu erarbeitenden Programms zur Förderung der Laienmusikvereine und -chöre zweckgebunden verwandt werden: für die Beschaffung von Noten und Instrumenten, für Honorare der Chorleiter und Dirigenten, für GEMA-Gebühren, für Veranstaltungskosten und nicht zuletzt für die Aus- und Weiterbildung. Jeder Punkt könnte hier im einzelnen begründet werden. Es ist das Gebot der Stunde, hier die finanzielle Förderung zu erhöhen.

SPD und F.D.P. haben im Kulturausschuß unbegreiflicherweise unseren Antrag abgelehnt. Er wurde das Opfer eines stupiden Ablehnungsmechanismus. Das ist, Herr Kollege Gerritz, durchaus nichts Belustigendes oder Erfreuliches. SPD und F.D.P. haben ihrerseits eine Erhöhung dieser Position um 100 000 DM beschlossen, und dies auf der Grundlage der bisherigen Förderrichtlinien, die zahlreiche Vereine nicht erfüllen und darum auch keine Förderung erfahren.

Wenn SPD und F.D.P. ihre Begründung für die Erhöhung um 100 000 DM wirklich ernst nähmen, müßten sie unserem Antrag zustimmen; denn auch sie gestehen ein, daß ein großer Bedarf für die Qualifizierung der Chorleiter und für Fortbildungsmaßnahmen der Chorverbände in Nordrhein-Westfalen besteht.

(B)

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Können Sie sich vorstellen, daß zwischen 5 Millionen und 100 000 DM ein Unterschied ist?)

- Natürlich ist da ein Unterschied. Aber wir müssen hier einfach mehr tun, Herr Kollege Dorn. Ich begründe das ja.

Sie sollten auch einmal ins Land hineinhorchen, dann werden Sie merken, wie stark der Zuspruch und die Forderung nach einer Erhöhung sind. Die CDU-Fraktion stellt deshalb entsprechend der Drucksache 11/1415 erneut den Antrag, den genannten Titel zu erhöhen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Schaugefechte!)

Meine Damen und Herren von SPD und F.D.P.! Wer die Arbeit der Laienmusikvereine und -chöre kultur- und gesellschaftspolitisch - nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten - für unverzichtbar hält, ist

(C)

aufgefordert, unserem Antrag trotz der gegenwärtigen finanzpolitischen Engpässe zuzustimmen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Aigner [SPD]: Im nächsten Jahr kommt ihr und wollt Gagen für die Sänger haben, was?)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Dr. Horn! - Ich erteile Herrn Kollegen Meyers von der Fraktion der CDU das Wort.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Noch ein Sänger!)

Abgeordneter Meyers (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den allgemeinen Teil der Ausführungen von Frau Professor Möhrmann durch ein weiteres Beispiel konkretisieren.

Die CDU hatte im Kulturausschuß den Antrag gestellt, im Haushalt 1991 einen Ansatz von 100 000 DM mit der Zweckbestimmung "Zuweisungen für das Rockbüro Nordrhein-Westfalen im Sekretariat für gemeinsame Kulturarbeit" einzubringen. Die SPD lehnte diesen Antrag ab. Ich bezweifle, daß sie Klarheit darüber hatte, welche Tragweite diese Ablehnung hat.

(D)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, sind sich offensichtlich nicht darüber im klaren, daß Rock- und Popmusik mittlerweile zu einer auf allen Ebenen funktionierenden Musikkultur geworden ist.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Herr Gerritz, bei Ihren Zwischenrufen und den anderen Bemerkungen, die ich gerade gehört habe, habe ich das Gefühl, daß der eine oder andere nicht einmal weiß, was Popmusik ist.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Wir wissen das!
- Weiterer Zuruf von der SPD: Da waren Sie noch gar nicht im Landtag, da haben wir schon darüber diskutiert!)

Ich will es Ihnen schnell erläutern: "Pop" kommt von

(A) (Abgeordneter Meyers [CDU])

"populär", "populär" kommt von "populus", was wiederum heißt: das Volk.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frechen [SPD]: Der Popel!)

Es ist also die Musik des Volkes.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf noch ergänzen: Auf alles, was des Volkes eigen ist, erheben Sie ja permanent den irrigten Anspruch, die einzig selig machende Politik zu betreiben. Ich frage mich, warum Sie das in diesem Fall nicht wollen.

Meine Damen und Herren! Rock- und Popmusik ist zeitgenössische Musik, die zum täglichen Umgang der Menschen gehört und aufgrund der Bevölkerungsdichte und starken urbanen Struktur in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielt - auf jeden Fall eine größere als in anderen Bundesländern. Sie sollten einmal den Artikel im "Städte- und Gemeindebund" vom Januar 1991 zum "Rockbüro Nordrhein-Westfalen" lesen.

(B) (Abgeordneter Aigner [SPD]: Müssen wir uns einen solchen Mist anhören?)

Da heißt es wörtlich:

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Nicht zu glauben!)

Nordrhein-Westfalen nimmt somit, sowohl was die kulturell- musikalischen Infrastrukturen als auch was das kreative Potential angeht, eine Ausnahmestellung in Deutschland ein.

Und das doch wohl auch, weil das "Rockbüro Nordrhein-Westfalen" eine Ausnahmestellung in der Bundesrepublik einnimmt; dieses hat in der Vergangenheit gezeigt, daß es gerade dieser Musikform große Impulse zu geben in der Lage ist.

Das Konzept des Rockbüros ist wegen dieser Erfolge bundesweit als modellhaft anerkannt und gewürdigt. Die Akzeptanz geht vom Deutschen Musikrat über den Deutschen Kulturrat bis hin zu den Amateurinitiativen auf kommunaler Ebene in Nordrhein-West-

(C)

falen. Aber: Dem steht eine besorgniserregende Unterfinanzierung gegenüber. Der Förderetat beläuft sich in diesem Jahr auf lächerliche 140 000 DM. Im Vergleich dazu: In Berlin, wo es eine ähnliche Einrichtung gibt, beträgt er eine knappe Million. Und nicht nur, daß es bei ständig steigenden Antragszahlen und immer größerer Inanspruchnahme in diesem Jahr keine Mittelaufstockung gibt, wie von der CDU-Fraktion gefordert, das Land zahlt auch in diesem Jahr die 50 000 DM für die sehr segensreiche Einwirkung der Popkomm, die im vergangenen Jahr noch 20 000 Menschen nach Köln in den Gürzenich führte, nicht mehr.

Wenn Sie das Ende des Rockbüros wollen, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann sagen Sie es offen und legen Sie die Gründe dafür dar. Aber seien Sie sich darüber im klaren: Sie versetzen damit nicht nur einer wertvollen Einrichtung den Todesstoß, sondern verletzen auch das Kulturempfinden weiter Schichten in unserer Gesellschaft, sowohl bei der Jugend als auch bei vielen Älteren.

(Zustimmung bei der CDU)

Der Grund der Ablehnung dürfte doch wohl nicht der sein, daß das Rockbüro ein Kind der CDU ist. Das wäre doch allzu kleinkariert. (D)

(Zurufe von der SPD)

Herr Gerritz, Ihrem sehr drastischen Ausdruck vom Dukatenkacke möchte ich einen ebenso drastischen entgegensetzen. Ein Kollege Ihres Kultusministers hat einmal das Wort geprägt: "Kulturpolitik ist wie pinkeln gegen den Wind; es geht meistens an die eigene Hose." Ich stimme damit nicht überein. Aber lassen Sie das in Nordrhein-Westfalen nicht Wahrheit werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schwier das Wort.

Kultusminister Schwier: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als alter Hase bin ich das Ritual

(A) (Minister Schwier)

der Haushaltslesungen ja gewohnt. Es geht so: In der ersten Lesung wird die katastrophale Finanzlage des Landes beklagt und die Parole ausgegeben: Eisern sparen! In der zweiten Lesung werden unentwegt Anträge auf Mehrausgaben gestellt, und bei der dritten Lesung geht es wieder so wie bei der ersten. Das ist zwar ein völlig witzloses Unterfangen, war aber bisher üblich.

Heute ist ein neuer Zungenschlag hinzugekommen. Heute ist nämlich daran erinnert worden, daß es ja so etwas gibt wie das Überwinden der Teilung durch Teilen. Meine Damen und Herren, haben Sie schon einmal einen Menschen erlebt, der dadurch, daß er geteilt hat, daß er etwas abgegeben hat, mehr an Geld hatte?

(Zuruf von der SPD: Der Bundeskanzler hat das gesagt! - Weitere Zurufe)

- Ja, der hat das vielleicht geglaubt. Aber inzwischen weiß doch sogar der Bundeskanzler, daß das nicht geht.

(Zustimmung bei der SPD)

(B)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eindeutig feststellen: Der Haushalt des Kultusministers, der bei weitem größte Einzelhaushalt des Landes, ist nicht durch Verbesserungen ausgezeichnet. Es gibt hier und da Umschichtungen, aber wir werden im kommenden Schuljahr mit einer Ausnahme keine Verbesserungen an unseren Schulen haben können. Meine Damen und Herren, wollten Sie denn nicht teilen? Dann müssen Sie das sagen.

Wir werden in der Sonderschule für Lernbehinderte den letzten Schritt der Relationsverbesserung durchführen. Ansonsten werden wir Mühe haben, den Standard zu halten. Das ist übrigens keine nordrhein-westfälische Spezialität. Sie müssen ab und zu in der "Süddeutschen Zeitung" auch den bayerischen Regionalteil lesen. Da beklagt sich alle Welt darüber, daß der bayerische Kultusminister es nun hinnehmen muß, daß die Teilungsgrenze für Klassen bei 33 liegt, dort also die Bildung von Klassen bis zu 33 Schülern in Zukunft möglich sein muß, während wir die Grenze bei 30 haben. Ähnliches ist in allen Ländern der Fall.

(C)

Deshalb darf ich hier gar kein Verwundern auslösen, wenn ich Ihnen sage: Es wird Mühe kosten, die bisherigen Verhältnisse zu sichern. Dafür - und jetzt beachten Sie bitte die Reihenfolge, meine Damen und Herren! - stellen wir ein: 1 220 Grundschullehrerinnen und

-lehrer, 953 Sonderschullehrerinnen und -lehrer, 761 Lehrerinnen und Lehrer für Gesamtschulen und 300 für Berufsschulen und Kollegschulen. Das sind die Neueinstellungen und keine Aufstockungen oder ähnliches. Warum das so ist, hängt mit der Entwicklung der Schülerzahlen zusammen, hängt mit der Verschiebung im Elternwillen zusammen.

Es würde mich ja nun reizen, auf Frau Philipps Zitatenschnitt einzugehen. Aber Verschnitt ist nie so gut wie der Rum selber. Das gilt nicht nur für geistige Getränke, sondern auch für geistige Erzeugnisse.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dammeyer [SPD])

Eines steht doch fest: Sie tun so, als wäre Elternwille ein monolithischer Block. Meine Damen und Herren, wir haben viele Eltern in unserem Land, und diese haben unterschiedlichen Willen. Diesen Elternwillen schulpolitisch zu bedienen, das ist unsere Aufgabe, nicht aber, ihn zu manipulieren. Das gilt übrigens auch für Eltern, die ihre Kinder zu den Behinderten zählen müssen. Da gibt es solche, verehrte Frau Wischermann, die auf jeden Fall möchten, daß ihr Kind in einer integrativen Schule unterrichtet wird, andere möchten es in der Sonderschule belassen. Das Problem ist nicht einfach zu lösen. Es erfordert gründliche Vorüberlegungen, damit hier nicht mit Kinderschicksalen Pingpong gespielt wird.

(D)

Herr Kollege Reichel, Ihr Umschichtungsantrag zeichnete sich ja durch besondere Allgemeinheit aus. Eines möchte ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie die Arbeitszeit der Lehrer verlängern wollen, brauchen Sie nicht erst den Umweg über Schleswig-Holstein zu machen, wo die ganzen Einzelerlasse durch eine Pauschalierung abgelöst worden sind. Das haben wir schon lange vorher gemacht. Sie brauchen nur zu sagen: Pro Schule pro Lehrerstelle soundsoviel Stunden für diesen allgemeinen Ermäßigungstopf weniger. Aber das müßten Sie konkret sagen.

(A) (Minister Schwier)

Mir wird der Vorwurf gemacht, daß ich zum Beispiel die Arbeitszeitverkürzung auf die Altersermäßigung anrechne, daß ich keine Verlängerungen irgendwelcher Art gewährt habe. Wer hier etwas will, der darf nicht nur den Mund spitzen, der muß pfeifen, der muß sagen, wie und wo er anpacken will.

Zu den Stellen kann ich eigentlich nur sagen: Früher forderte die CDU pro Jahr immer 1 500 Einstellungen; als wir sie hatten, forderte sie 3 000. Da ist die Grenze nach oben natürlich offen. Am besten kann es Frau Schumann, die lag bei 8 300 Mehrstellen für diesen Haushalt. Dazu kann ich nur sagen: Die Wunschliste ist ganz interessant. Da ist eigentlich kaum ein Wunsch dabei, den ich als völlig unsinnig ansehen könnte. Aber, selbst etwas größere Kinder wissen inzwischen, daß man zu Weihnachten zwar einen Wunschzettel schreiben, aber doch nicht jeden Wunsch erfüllt bekommen kann.

Ich will noch auf einige Punkte eingehen, die mit dem Kulturhaushalt zu tun haben, der ebenfalls unter der Überschrift steht "Keine müde Mark mehr, sondern Einschränkung, weil wir teilen".

(B)

Frau Kollegin Möhrmann, Sie haben die Verdoppelung der Landesmittel für Musikschulen eingefordert und haben das ein spontanes Hilfsprogramm genannt. Das kann aber kein spontanes Programm sein, denn wenn Sie das tun, müssen Sie es Jahr für Jahr wieder tun, und alljährliche Spontanität - das ist wohl ein Widerspruch. So kann man da nicht helfen. Da geht es nämlich um Personalkosten, und diese setzen sich allemal immer weiter fort.

Ich bin Herrn Kollegen Dorn dankbar, daß er auf die Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen in den neuen Ländern eingegangen ist. Beim Preußischen Kulturbesitz allerdings stehen wir in Nordrhein-Westfalen nun wirklich mit blanker Weste da, denn wir zahlen seit vielen Jahren in diesen Preußischen Kulturbesitz mehr als wir müßten. Jetzt ist es zunächst einmal Aufgabe der übrigen Länder, sich dazu eindeutig zu erklären. Ebenso gilt das für die Einrichtungen, die es darüber hinaus in der ehemaligen DDR zu erhalten gilt. Ich verspreche Ihnen: Ich werde natürlich sorgfältig auf das Votum der dort Regierenden achten müssen, wir können ja nicht in diese Länder hinein regieren. Aber ich glaube, daß es dort

(C)

eine Fülle von gemeinschaftlich zu lösenden Aufgaben gibt.

Die von Frau Hürten sehr lokalbewußt vorgetragene Bitte, doch der Schauspielschule des Theaters "Der Keller" zu helfen, enthielt ein paar Fehler. Die Einmaligkeit beansprucht jeder Schauspieler, jede Schauspielbühne und jede Schauspielschule für sich, und sie hat sie auch. Aber das bedeutet nicht, daß es so etwas nur einmal gibt.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben zwei Schauspielschulen, die sich in staatlicher Trägerschaft befinden. Was den Bedarf der in halbkommunaler Trägerschaft bzw. in staatlicher Trägerschaft befindlichen Schauspielschulen angeht, sagen alle Fachleute: Die dort ausgebildeten Schauspielerinnen und Schauspieler werden den Bedarf decken. Es gibt wohl kaum einen Berufsstand, bei dem ein so hohes Maß an Arbeitslosigkeit herrscht wie gerade bei Schauspielern. Es gibt wohl kaum ein Studium, vor dessen Beginn man sich so sorgfältig selber prüfen und von anderen den Rat einholen sollte, ob man für diesen Beruf geeignet sein könnte. Sicherheit hat da niemand.

Die BAföG-Anerkennung war eine Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen für diese Schauspielschule. Sie hat ein weiteres Problem: Der Rückgang der Schülerzahlen von zwischen 30 und 40 in den früheren Jahren auf jetzt 17 ist auch eine Ursache für die Schwierigkeiten. Eine zweite haben Sie genannt: Sie haben nicht mehr die Räume, jedenfalls nicht mehr zu so günstigen Bedingungen wie bisher, zur Verfügung. Ich verspreche Ihnen aber eines: Wir werden nach einem Weg suchen, um dieser Schauspielschule ein Stück weiterzuhelfen. Auch hier kann es sich nur um eine einmalige Sache handeln. Die Schule muß wieder auf eigene Beine kommen. Da kann man vielleicht eine Zwischenhilfe leisten, aber doch nicht einen Dauertropf anlegen.

(D)

Zur Laienmusik und zum Rockbüro möchte ich nur soviel sagen: Das ist alles wunderschön, nur, da gilt mein Eingangssatz. Ich werde ihn wiederholen: Teilen macht zumindest finanziell nicht reicher. Ich habe auch die Zuversicht, daß die Rock- und Popmusik mit 50 000 DM mehr nicht eine große Blüte und bei 50 000 DM weniger eine ganz vernichtende und zum Sterben führende Niederlage erfährt. So wackelig steht das Kulturleben in unserem Lande nicht.

(A) (Minister Schwier)

Meine Damen und Herren! Ich kann niemandem sagen, er hätte völlig unsinnige Anträge gestellt. Ich stelle aber fest: Beim Haushalt muß man auch unter dem Strich noch rechnen können und zu dem stehen, was da unter dem Strich steht. Das kann die Landesregierung. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Jetzt hat der Sport das Wort. Ich erteile Herrn Abgeordneten Kuckart für die Fraktion der CDU das Wort.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Abgeordneter Kuckart (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte gehofft, es würde kaum noch jemand zuhören und ich könnte einige Sätze loswerden, die unter Umständen verletzend sind. Lassen Sie mich vorab noch zur Kultur einiges sagen, weil ich es als unerträglich empfinde, was von den Rednern der SPD - Herrn Gerritz - und von Ihnen, Herr Minister Schwier, gesagt worden ist.

(B) Ich wehre mich dagegen, daß wir den Kulturausschuß als "dukatenkackenden Esel" benutzt hätten. Ich wehre mich deshalb dagegen, weil wir für alle unsere Anträge einen seriösen Deckungsvorschlag gemacht haben.

Herr Dr. Gerritz, ich habe bei Ihnen den Eindruck, daß Sie zumindest sehr nachdenklich sind. Ich schätze Sie nicht nur, weil Sie auch zu Cappenberg ein sehr differenziertes Verhältnis haben, sondern weil Sie in der Tat anderen Argumenten sehr zugänglich sind und zuhören können. Ich halte es für unredlich, wenn alles auf die deutsche Einheit abgeschoben wird. Sie haben die CDU nicht der Steuerlüge bezichtigt. Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür. Aber hier von morgens bis abends all das, was hier an Finanzmisere auftritt, nur auf die deutsche Einheit zu schieben - ich frage mich, welche Bezeichnung dafür zutrifft. Es ist unredlich, so zu handeln, wie es hier getan wird.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Meine Damen und Herren, Sie sind sehr finanzministergläubig. Ich habe den Eindruck, Sie bedürften eines Hartmut Schauerte, der Ihnen ein Konzept vorgelegt hat, aus dem hervorgeht, durch welche Deckungsvorschläge unsere Anträge abgesichert sind, der Ihnen deutlich macht, daß wir den Haushalt nicht ausgedehnt, sondern vielmehr einen Vorschlag zu einem Schuldenabbau in Höhe von etwas mehr als 1 Milliarde DM gemacht haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich wollte Ihnen das zu Beginn sagen, weil es mich unwahrscheinlich ärgert, wenn hier halbe Wahrheiten gesagt werden, wenn hier nicht bei allen Diskussionsrednern die volle Wahrheit zutage kommt.

Lassen Sie mich zum Sporthaushalt einige wenige Sätze sagen. - Meine Damen und Herren, die Sportpolitik der SPD im allgemeinen und der Landessportplan im besonderen zeigen vier Aspekte auf:

1. Keine Perspektiven für die Zukunft des Sports in unserem Lande.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

2. Keine Priorität für den Sport in unserem Lande.
3. Keine ausreichenden Finanzmittel für den Sport.
4. Keine politische Unterstützung für den Sport.

(D)

Der Kultusminister, der ja auch Schulminister ist, hätte die Note "mangelhaft" verdient.

Lassen Sie mich zu allen vier Punkten kurze Anmerkungen machen.

Zu Punkt 1! a) Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten umfaßt 66 Seiten. Dem Sport ist eine Drittelseite davon gewidmet.

b) Der Kultusminister hat vor dem Sportausschuß seine Politik für die nächsten fünf Jahre vorgetragen; das reiht sich nahtlos an. Es waren zwar mehr Worte, aber es war nicht mehr Substanz.

(A) (Abgeordneter Kuckart [CDU])

c) Der Landessportplan drückt das in Zahlen aus, was ich unter a) und b) gesagt habe.

Zu Punkt 2 - keine Priorität -! Ich verweise auf das, was ich zu Punkt 1 gesagt habe.

Zu Punkt 3 - keine ausreichenden Finanzmittel -! Meine Damen und Herren, der Sport in unserem Lande, repräsentiert durch den Landessportbund, braucht Rahmenbedingungen in zwei Bereichen: Ehrenamtlichkeit und Sportanlagen. Die CDU-Fraktion hat zu beiden Bereichen Anträge gestellt: mehr Unterstützung für Ehrenamtlichkeit - 5 Millionen DM, mehr für Sportanlagen - 50 Millionen DM. Bei dem zuletzt genannten Antrag haben wir zudem eine neue Dimension aufgebaut, indem wir diese Mittel aus Städtebauförderungsmitteln haben möchten.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie haben sich verweigert, Sie haben dem Sport einen schlechten Dienst erwiesen. Sie können nicht immer vom Sportland Nordrhein-Westfalen sprechen, aber dann, wenn es um den Sport geht, in Ihrer Politik nichts erkennen lassen.

(B)

Lieber Kollege Herder, Sie haben im Sportausschuß in einem Gespräch mit dem LSB gesagt, dieser neige zur völlig falschen Sicht der Dinge. Ich frage Sie: Wo bleibt die vielzitierte Partnerschaft, wo bleibt die tatkräftige Hilfe für den Sport in Nordrhein-Westfalen? Wenn jemand eine falsche Sicht der Dinge hat, sind Sie es, Herr Herder, und die SPD-Fraktion im Bereich Sport.

Sie nennen sich Sportland Nordrhein-Westfalen und verzichten ohne Not auf die Bewerbung für Olympische Spiele. Sie nennen sich Sportland Nordrhein-Westfalen, Herr Kultusminister. Dann reicht es aber nicht, wenn Sie jedem Teilnehmer an den Olympia-Stützpunkten einen weißen Trainingsanzug mit Zubehör überreichen. Das ist keine Sportpolitik; das habe ich unter Imagepflege für das Land Nordrhein-Westfalen, für diese Landesregierung ab.

(Minister Schwier: Die haben sich aber darüber gefreut!)

- Selbstverständlich! Jeder freut sich über Geschenke. Aber, Herr Minister, das ist keine Sportpolitik. Wenn

(C)

Sie das als Sportpolitik bezeichnen, dann ist das weit verfehlt.

Darüber hinaus verhindern Sie Sportgelegenheiten in unserem Lande, indem Sie für alle Maßnahmen zunächst einmal Lärmschutzgutachten fordern. Eine noch so kleine Änderung oder ein noch so kleiner Umbau am Sportplatz wird, wenn überhaupt - da gibt es ja Mangel -, erst dann bezuschußt, wenn ein Lärmschutzgutachten vorliegt. Ich gehe davon aus, daß wir in absehbarer Zeit auch noch Umweltverträglichkeitsprüfungen brauchen.

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlaß - der Sportausschuß war am Montag in Meerbusch - ein konkretes Beispiel aufzeigen, mit dem deutlich wird, wie diese Landesregierung mit allen Mitteln - koste es, was es wolle - Sportgelegenheit verhindert.

In der Stadt Meerbusch soll ein Golfplatz angelegt werden. Es besteht ein rechtsverbindlicher Bebauungsplan, zu dem alle Beteiligten gehört worden sind. Es handelt sich um eine landwirtschaftlich genutzte Fläche - nach Karten, die uns vorgelegt worden sind, nachweisbar seit 1819. Es handelt sich um die Existenz eines Landwirts, die abgesichert werden kann, wenn dort ein Golfplatz gebaut werden kann.

(D)

Was tut die Landesregierung? Sie greift ein, sperrt das Vorhaben und tut alles, um diesen Golfplatz zu verhindern. Alles Zureden, alle Argumente bringen nichts.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Sie haben Probleme!)

Koste es, was es wolle, einschließlich Entschädigung: Dieser Golfplatz soll verhindert werden.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Solche Probleme möchte ich auch haben!)

- Lieber Herr Aigner, über den Golfsport können wir uns gern unterhalten. Ich kenne Ihren Vorwurf, das sei eine elitäre Sportart.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Nein, überhaupt nicht!)

(A) (Abgeordneter Kuckart [CDU])

Wenn Sie so weitermachen, bleibt der Golfsport auch elitär, weil Sie die entsprechenden Rahmenbedingungen nicht schaffen.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Quatsch, was Sie erzählen! Ihre Probleme möchte ich einmal haben! Als wenn sonst auf der Welt nichts los wäre! - Zuruf des Abgeordneten Bruckschen [SPD])

- Ich höre seit heute morgen, 10 Uhr, in Ruhe zu und bedaure, daß Sie heute abend nicht mehr die Kraft aufbringen, auch mir zuzuhören.

(Abgeordneter Aigner [SPD]: Das ist auch schwierig!)

- Mir ist es auch oft schwergefallen; dennoch habe ich zugehört.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn Sie die Sportfraktion wirklich wollen, wenn Sie sie noch wollen, müssen Sie in Zukunft mehr dafür tun. Wir möchten sie, aber nicht um jeden Preis und auf keinen Fall zum Nachteil des Sports in unserem Lande. Deshalb werden wir den Weg, den Sie mit dem Landessportplan aufzeigen, nicht mitgehen. Es ist der falsche Weg. Wir lehnen ihn ab und können dem Landessportplan 1991 nicht zustimmen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Danke schön. - Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Herder das Wort.

Abgeordneter Herder (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! "Koste es, was es wolle; ich muß opponieren!" - So nur kann ich die Rede des Kollegen Kuckart beschreiben. Herr Kollege Kuckart, Sie wissen genausogut wie ich, daß die Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen beispielhaft in Deutschland ist.

(Oh-Rufe bei der CDU - Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Wofür?)

- Sie ist auch außerhalb Deutschlands beispielhaft;

(C)

auch für Sie, Herr Paus.

Da Sie meinen, Sie müßten gegen bestimmte Sachen auf jeden Fall immer opponieren, möchte ich Ihnen sagen: Selbstverständlich ist bei uns nicht alles Gold, was glänzt. Aber Sie suchen und suchen und meinen, jedes Fisselchen, das Sie finden können, entsprechend bringen zu müssen.

Ich glaube nicht, daß bei Ihnen eine Perspektive zu sehen ist. Aber glücklicherweise ist die Zusammenarbeit und sicherlich auch die Position der Sportfraktion innerhalb des Sportausschusses eine andere, als Sie sie hier in den Haushaltsberatungen vortragen müssen oder vielleicht auch sollen. Es ist ja auch piepegal, welche Position Sie einnehmen. Gott sei Dank herrscht draußen aber eine andere Auffassung über die Sportpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Sportland Nordrhein-Westfalen wird draußen sicherlich ganz anders gewertet, als Sie es hier vorgebracht haben. Einer der Schwachpunkte, die Sie uns immer wieder vorhalten, die Frage der Sportstätten, möchte ich wie folgt beantworten: Wir haben in den letzten fünf Jahren über 100 Millionen DM mehr für den Sportstättenbau ausgegeben. Wir haben auch in diesem Jahr wieder einen Antrag eingebracht, daß 20 Millionen DM mehr für den Sportstättenbau zur Verfügung gestellt werden. Hier werden von uns Akzente gesetzt, hier wird ganz klar gesagt, daß das für uns von der SPD-Fraktion eine Priorität ist. Sie brauchen nur meine Kollegen zu fragen, welchen Stellenwert der Sport bei uns in der Fraktion hat und wie die Abstimmungen bei uns in der Fraktion laufen. Sie werden sehr schnell erkennen, daß der Sport schon etwas anders aussieht. Sie brauchen nur den Finanzminister zu fragen, wie der Sport bei uns betrachtet wird. Von daher kann ich immer wieder über diese Situation nur schmunzeln.

(D)

(Unruhe)

Zur zweiten Frage, die Sie angesprochen haben, die Lärmschutzgutachten, Herr Kollege Kuckart: Die ganze Frage der Lärmproblematik und Standortsicherung von Sportanlagen ist doch - ich will nicht unbedingt das Versagen der Bundesregierung hier plakativ in den Raum stellen - sicher bedingt dadurch, daß der Bund in diesem Punkt bisher keine gescheite Lösung durchgesetzt hat, und auch der Entwurf einer Rechts-

(A) (Abgeordneter Herder [SPD])

verordnung, die uns jetzt auf den Tisch gelegt worden ist, beinhaltet, daß ungefähr nur die Hälfte aller Sportanlagen gesichert sind. Es ist klar - das haben Sie auch in Gesprächen zwischen uns geäußert -, daß das nicht ausreicht.

Sie sind ja dankbar, daß wir zu diesem Punkt einen Antrag einbringen. Ich frage mich, wie Sie sich dann hier hinstellen und anprangern können, daß Lärmschutzgutachten eingeholt werden müssen.

Ich betrachte das Ganze als eine Pflichtübung von jemandem, der in der Opposition ist und genau weiß, daß in Nordrhein-Westfalen eine hervorragende Sportpolitik betrieben wird. Wir werden gemeinsam mit dem Landessportbund, der nun einmal über das Spiel 77 in diesem Jahr wesentlich mehr Geld für die nächsten Jahre gesichert bekommen hat - das war kein Verdienst der Opposition, sondern der Landesregierung -, diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Ruppert.

(B)

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn Sie wissen wollen, welchen Stellenwert der Sport in den Reihen der F.D.P.-Fraktion hat, brauchen Sie nur einmal meine Kollegin Dagmar Larisika-Ulmke anzuschauen. Sie ist heute extra in den Farben der Düsseldorfer EG erschienen.

(Vereinzelter Beifall)

Im übrigen war das Spiel gestern Abend ja sicherlich eine Sternstunde für das Sportland Nordrhein-Westfalen: Zwei Mannschaften dieses Bundeslandes haben sich in einem deutschen Endspiel gegenübergestellt.

Aber ich denke, wenn wir ganz ehrlich sind, dann ist das ja kein Beweis dafür, wie großartig die Sportpolitik dieser Landesregierung oder dieses Landtags ist. Es ist vielmehr ein Beweis dafür, daß der Sport in diesem Lande auch jenseits von Politik einen Stellen-

(C)

wert hat. Wir sollten uns darüber klar sein, daß der Hauptstellenwert von Sport eben nicht Politik ist, sondern jenseits von Politik zu finden ist.

(Anhaltende Unruhe)

Im übrigen denke ich - auch wenn ich mich an die Einbringungsrede des Kultusministers zum Sport im Sportausschuß erinnere - an eine Eissportart, wenn auch nicht an Eishockey: Es gibt es ja den Unterschied zwischen Pflicht und Kür. Mir drängt sich dabei ohne jede oppositionelle Pflichtübung doch der Eindruck auf, daß die Kür sehr stark betont wird, weil es in der Pflicht ein bißchen hapert.

Herr Minister Schwier, was haben wir da nicht alles über Programme gehört: Talentsuche und -förderung, Pilotprojekt betriebliche Prävention mit den Mitteln des Sports, Herzgruppen, Diabetesgruppen, Krebsnachsorgegruppen, auch von Sport und Wirbelsäule war die Rede, von Sport und Theater, Sport mit Aussiedlern und Gesundheitserziehung im Sport. Das mag alles sehr interessant sein. Aber wäre es nicht viel besser - auch für den Gesundheitseffekt des Sports -, wir würden nicht darüber reden, daß wir die Gesundheitserziehung im Schulsport mehr betonen müssen,

(D)

(Fortgesetzte Unruhe - Glocke der Präsidentin)

sondern wir würden dafür sorgen, daß es Schulsport wirklich gibt und nicht so viele Schulsportstunden ausfallen? Wäre das nicht auch der beste Beitrag zur gesundheitlichen Prävention für unsere Schüler?

Wir reden und hören von Aktionsprogrammen Breitensport, die über Stadtsportbünde und Verbände laufen. Wäre es nicht besser, daß wir uns darauf besinnen - statt immer neue Einrichtungen zu schaffen, die an den Vereinen vorbeigehen, ihnen übergestülpt werden -, die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen zu stärken, die ja wohl immer noch die Hauptbasis für Sport in diesem Lande ist?

(Beifall bei der F.D.P. - Fortgesetzte Unruhe)

Hier, meine ich, müssen die Prioritäten liegen. Die eigentliche Pflichtaufgabe für den Sport im Lande liegt darin,

(A) (Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]

(Glocke der Präsidentin)

dafür zu sorgen, daß endlich Sport an den Schulen in dem Umfang fachlich angeboten wird, wie das notwendig ist, und daß die Lebenskraft der Vereine gestärkt wird, statt immer neue Programme und Pilotprojekte zu entwickeln.

(Fortgesetzte Unruhe)

Sehr interessant fand ich - das will ich hervorheben - den Gedanken, den die CDU-Fraktion im Sportausschuß eingebracht hat: ob man nicht einen Teil der Stadterneuerungsmittel auch für Modernisierung und Erneuerung von Sportanlagen verfügbar machen soll.

Ich finde das einen guten Gedanken. Wenn ich - das sage ich jetzt einmal als Kommunalpolitiker - sehe, daß sich überall die Mitglieder der Bezirksvertretungen auf den Weg machen und schauen, wo sie neue Plätze finden, die dann als Stadtplätze in irgendein Zuschußprogramm passen, frage ich mich: Wäre es nicht gut, wenn wir künftig mehr als bisher auch unsere Sportplätze als Stadtplätze verstehen würden?

(B)

Und wäre es in dem Zusammenhang nicht gut - da möchte ich die Landesregierung durchaus animieren, verstärkt über den Bundesrat wirksam zu werden - der entsetzlichen Unsitte entgegenzuwirken, daß inzwischen immer mehr Bürger versuchen, ihr Umweltbewußtsein dadurch zu beweisen, daß sie gegen den Sportplatz an der Ecke kämpfen, den durch Nachbarschaftsklagen unmöglich machen und das auch noch als besonders umweltfreundliches Verhalten ausgeben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist es nicht. In Wahrheit ist es nichts anderes als gemeinschädliches Verhalten.

(Minister Schwier: Wir werden das tun.)

- Da, Herr Minister Schwier, haben Sie unsere volle Unterstützung.

(Minister Matthiesen: Da stimmen wir überein.)

- Ich höre mit Vergnügen, daß auch der Umweltminister dieses Landes dieser Auffassung ist.

(C)

Es hat bei der Landesregierung und der Mehrheitsfraktion bis zur letzten Sitzung im Ausschuß einen Eiertanz um die berühmten 5 Millionen DM für die Olympiabewerbung gegeben. Erst hat es ja einen Eiertanz gegeben, ob und in welchem Umfang die Olympiabewerbung für das Ruhrgebiet überhaupt aufrechterhalten werden soll. Dann hat die Mehrheitsfraktion gesagt: Wir sehen zwar die Olympiabewerbung nicht mehr - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Friebe: Entschuldigung, Herr Abgeordneter! - Die Geräuschkulisse ist unmöglich. Ich möchte gerne, daß das, was Sie sagen, auch gehört werden kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bitte wirklich, Gespräche, wenn sie geführt werden müssen, draußen zu führen, aber nicht hier. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.): Ich habe ja Verständnis für die Kollegen, die jetzt zur Abstimmung hereinkommen. Ich verstehe auch, daß bei den Ausdauersportarten, zu denen unsere heute auch gehört, die Konzentration in den späteren Stunden etwas nachläßt. Mir ergeht es ja selbst nicht anders.

(D)

Es hat um diese 5 Millionen DM einen Eiertanz gegeben. Im Sportausschuß haben wir kritisch nachgefragt, ob man diese Mittel nicht sinnvollerweise für etwas anderes ausgeben sollte. Wir hatten da etwa an die Förderung des allgemeinen Hochschulsports gedacht, an die Sportstätten, bei denen es ja einen ganz erheblichen Antragsstau gibt - 300 Millionen -; wir hatten an die Übungsleiter in den Sportvereinen gedacht, die ich eben schon erwähnt habe. Diese 5 Millionen sollten sinnvollerweise dafür aufgeteilt werden.

Die Mehrheitsfraktion hat sich mit Händen und Füßen gewehrt und gesagt, wenn das schon nicht für Olympia sei, dann solle es eben für andere große Sportprojekte, große Sportveranstaltungen internationaler Art verwendet werden. Inzwischen hat sie klein beigegeben, und das ist unter die Streichliste gefallen. Von den 5 Millionen DM sind 2 Millionen weg. Das ist

(A) (Abgeordneter Ruppert [F.D.P.]

einerseits verständlich, aber es ist schade, daß das nicht für andere Aufgaben im Sport, die ich genannt habe, zur Verfügung gestellt worden ist. Und es ist schade, daß von den 3 Millionen, die geblieben sind, ausgerechnet die Million geblieben ist, die für wie auch immer definierte, jedenfalls nicht näher beschriebene Verwaltungsaufgaben gedacht war. Ich denke, das ist wirklich die falsche Prioritätensetzung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine letzte Bemerkung, und zwar zu den Taten, die der Sportminister im Zusammenhang mit Sportwerbung angekündigt hat: die Anschaffung eines Heißluftballons mit der Aufschrift "Sportland Nordrhein-Westfalen". Nach allem, was ich zum Verhältnis von Pflicht und Kür gesagt habe, muß der Sportminister und muß die Mehrheitsfraktion sehr aufpassen, daß das nicht zum Symbol für das Sportland Nordrhein-Westfalen wird: Außen viel Reklamefläche, innen viel heiße Luft. - Das darf nicht die Entwicklung des Sports in diesem Lande bestimmen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B) Präsidentin Friebe: Für die Fraktion DIE GRÜNEN - - Sie verzichten?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir ziehen zurück! - Lebhafter allgemeiner Beifall)

- Damit könnten Sie ein gutes Beispiel für nachfolgende Diskussionen geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir über die Änderungsanträge zum Einzelplan 05 ab, und zwar zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/1415 zu Kapitel 05 300, Stichwort Lehrerstellen.

Zu diesem Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Wir treten also jetzt in die namentliche Abstimmung ein. Herr Lieven wird die Namen aufrufen. Ich bitte Sie, laut und deutlich mit "Ja",

(C)

"Nein" oder "Enthaltung" zu antworten. Herr Lieven, ich darf Sie bitten zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Herr Niggeloh, Sie sind vorhin aufgerufen worden. Ich darf Sie noch einmal fragen.

(Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Haben nun alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? - Dann schließe ich die namentliche Abstimmung und bitte um Auszählung.

(Die Auszählung erfolgt.)

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen: Mit Ja haben 105 Abgeordnete, mit Nein 116 Abgeordnete gestimmt. Der Antrag Drucksache 11/1415 Anlage 1 ist damit abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/1415 Anlage 2, Stichwort: Musikschulen, auf. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist bei einigen Enthaltungen aus der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

(D)

Ich rufe jetzt den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1416 auf, und zwar zunächst die Anlage 1, Stichwort: Personalverstärkung für öffentliche Schulen. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Anlage 2 der Drucksache 11/1416, Stichwort: Volkshochschulen, auf. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest, der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe die Anlage 3 der Drucksache 11/1416, Stichwort: Weiterbildung, auf. Wer für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe! - Danke. Stimmenthaltungen? - Keine. Der Antrag ist abgelehnt.

(A) (Präsidentin Friebe)

Ich rufe Anlage 4 zur Drucksache 11/1416 auf, Stichwort: **Soziokulturelle Zentren**. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe jetzt Anlage 5 der Drucksache - Kapitel 05 830 - auf, Stichwort: **Theater "Der Keller"** in Köln. Hier ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Herr Dr. Vesper, Sie haben das Wort, aber nur zum Verfahren. Am besten wäre es, wenn Sie auf die namentliche Abstimmung verzichten würden.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Gesprächen mit Herrn Kultusminister Schwier ist für uns eine gewissen Bewegung in diesem Punkt erkennbar geworden.

Vizepräsidentin Friebe: Sie dürfen nicht zur Sache sprechen.

(B) Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Nein, ich spreche nicht zum Antrag. Wir möchten das Haus jetzt nicht mit einer namentlichen Abstimmung zu diesem Punkt belasten. Wir stellen daher unseren Antrag zurück und werden ihn gegebenenfalls als inhaltlichen Antrag in die Aprilsitzung des Landtags einbringen.

(Beifall)

Präsidentin Friebe: Der Antrag ist zurückgezogen.

So kommen wir jetzt zur Abstimmung über die **Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/1105**. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Dann stelle ich fest, daß die Beschlußempfehlung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen worden ist.

Ich rufe Nummer 4 auf:

(C)

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung.

Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/1106

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/1417

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/1418

Die Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen. Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Posdorf.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Beim Haushaltsplanentwurf 1991 für den Wissenschaftshaushalt der Landesregierung stellt sich die Frage: Was ist das eigentlich? Das ist eine Frage, die sich nicht nur dem kritischen Leser, sondern auch den Abgeordneten, die sich damit zu beschäftigen haben, selbstverständlich stellt. Eigentlich meint man, daß ein Haushalt in Zahlen gegossene Politik sein soll. Aber wenn das für diesen Haushaltsplanentwurf der Landesregierung auch gilt, dann kann ich ihn nur als erschreckendes Dokument der vollständigen Hilflosigkeit dieser Landesregierung vor den drängendsten und dringenden Problemen unserer Hochschulen im Lande bezeichnen, ein Dokument der Hilflosigkeit und des Vorbeiredens an der Wirklichkeit, das insgesamt alle Märchen aus 1001 Nacht zusammen als eine handfeste Beschreibung der Realität erscheinen läßt. (D)

Dieser Haushalt baut auf einer Scheinwelt auf. Ignoriert wird vollkommen, daß sich die Studentenzahlen von 1980 bis 1991 von 313 000 auf 482 000 entwickelt haben, also um 54 % gestiegen sind. Ignoriert wird in diesem Haushalt auch, daß bei nahezu allen Hochschulen, und insbesondere den Fachhochschulen, der räumliche Ausbau nicht einmal das erreicht hat, was studienplatzzielzahlmäßig hätte erreicht werden müssen. Das heißt mit anderen Worten: Die Überlast an unseren Hochschulen, die die